

VORAN

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

1,- DM

Nr. 192 September 1997

EURO =

Sozialabbau

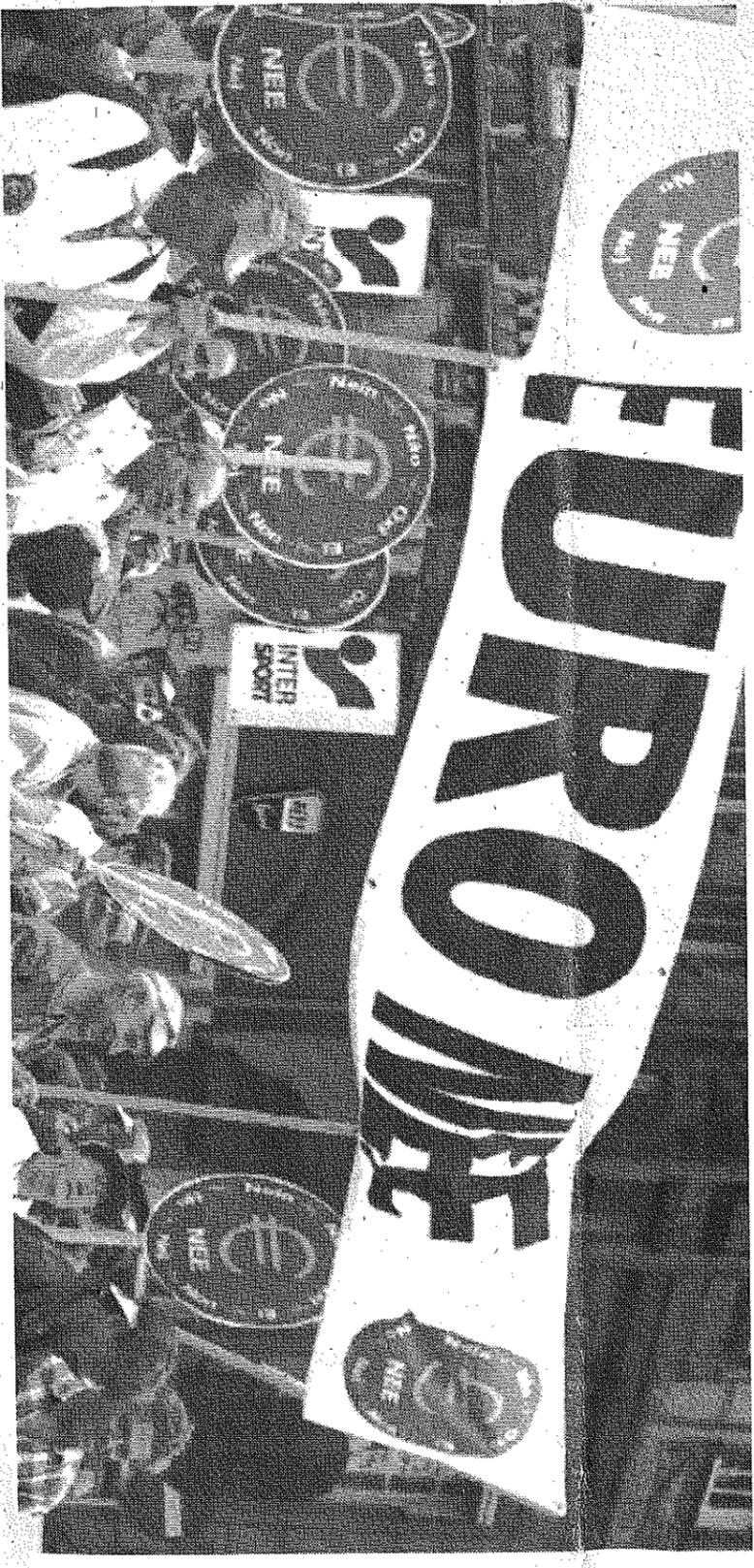
Um die Euro-Kriterien zu erfüllen wird in den öffentlichen Haushalten radikal gekürzt. Schwimmbäder, Bibliotheken und Jugendzentren werden geschlossen oder privatisiert. Stellen und Investitionen fallen dem Rotstift zum Opfer, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden eingeschränkt, die Instandhaltung der Krankenhäuser wird den Versicherten aufgebürdet. Euro – das ist nur ein anderer Name für Sozialabbau und Kürzungspolitik zu Lasten der breiten Masse der Bevölkerung.

Von Georg Kummel, Köln

Aber wo ist die Opposition gegen den Euro? SPD und Grüne wollen denselben Euro den auch Helmut Kohl will. Sie nutzen nach demselben Euro nach dem auch die Wirtschaftshände rufen. Wo für Helmut Kohl gemeinsam mit Banken und Konzernen kämpft soll gut für uns sein? In der Argumentation für den Euro werden die Tatsachen einfach auf den Kopf gestellt. Ein Beispiel:

Kürzungspolitik

Ob CDU/FDP oder SPD und Bündnis90/Grüne, alle stellen sich als Verteidiger einer stabilen Währung dar. Doch ihre Politik bewirkt schon heute das genaue Gegenteil – nämlich Geldentwertung. Um die Haus-halte fit für den Euro zu machen, werden in den Kommunen die Abwassergebühren heraufgesetzt, die Fahrpreise für Busse und Bahnen verteuert, die Länderregierungen erhöhen Kindergartengebühren und die Bundesregierung die Zuzahlung für Medikamente, demnächst werden Mehrwert- und Mineralölsteuer heraufgesetzt. Der Effekt für Otto-Normal-Verbraucherin: Mit dem gleichen Geld kann er/sie weniger kaufen. Genau das ist Geldentwertung. Diese Politik zu Lasten der Sozialhilffempfänger, der Studenten, Rentner, der Arbeitenden



und der Arbeitslosen wird auch von Stoiber, Biedenkopf und Schröder praktiziert, die den Euro lieber verschoben würden. Es geht nicht darum den Euro zu verschieben sondern ihn zu begraben. Er ist das Projekt der Herrschenden in Europa.

Die PDS sagt immerhin „Euro – so nicht“, und erklärt richtig, daß dessen Einführung die Reichen reicher und die Armen ärmer machen würde. Leider bietet sie keine grundlegende Alternative und klebt stattdessen an der Illusion einer „Sozialunion“ in einem kapitalistischen Europa.

Eine einzige Katastrophe ist die Haltung der Gewerkschafts-führung zum Euro. Durch die Bank unterstützen alle Gewerkschaftsvorstände den Euro und die Währungsunion. Die Einführung des Euro wird aber voll zu Lasten der Abhängig-Beschäftigten in Europa gehen. Konkurrenzkampf, Lohndrückerei und die -Drohung mit Standortverlagerung werden

noch einmal zunehmen. In ganz Europa Löhne wie in Portugal und Mexiko wie in Deutschland – dahin geht die Reise mit dem Euro.

Die Gewerkschaftsführer fordern ein sozial gerechtes Europa. Der Euro bedeutet aber ein Europa der Banken und Konzerne und die sind prinzipiell nicht „sozial gerecht“ sondern profitstüchtig. Die Vorstellung eines sozialen Euro oder einer Sozialunion ist deshalb so utopisch wie ein vegetarischer Löwe.

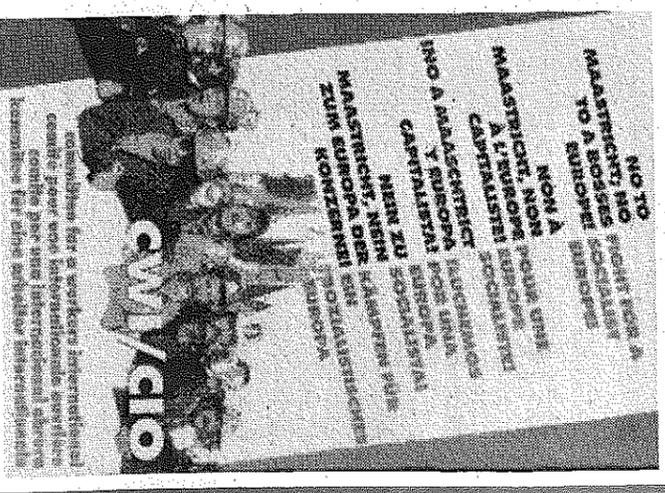
Europa kann nur von unten zusammenwachsen, im gemeinsamen Kampf der ArbeiterInnen über Ländergrenzen hinweg gegen Sozialraub, Lohndrückerei und Arbeitsplatzvernichung in ganz Europa. Das Ziel muß ein sozialistisches Europa sein, in dem die Wirtschaft nicht nach den Profitinteressen der Banken und Konzerne funktioniert, sondern demokratisch entsprechend den Bedürfnissen der Menschen gestaltet wird.

Infos zum

EURO

Eine Mappe zum Thema Euro mit Artikeln aus der VORAN und anderen Zeitungen kann bei der Redaktion bestellt werden (Preis 5 DM). Auch noch erhältlich ist die Stellungnahme des „Komitees für eine Arbeiterinternationale“ (KAI) zur Europäischen Währungsunion. Diese mehrsprachige Broschüre (deutsch, englisch, französisch, spanisch, italienisch) kostet 5 DM.

Zusammen mit den Sektionen des KAI in Europa und anderen linken Organisationen, Gewerkschaften und Arbeitslosen Gruppen hatte die SAV für die internationale Demonstration in Amsterdam (siehe Foto oben) am 15. Juni mobilisiert, bei der 50.000 ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose und Jugendliche gegen die Kürzungspolitik demonstrierten.



Nein zum EURO der Banken und Konzerne

Berliner Senat Verscherbelt die BEWAG

Kaum hatte der Berliner Senat seinen bisher größten Deal, den Verkauf der städtischen Stromwerke, unter Dach und Fach gebracht, belegen veröffentlichte Details des Kaufvertrages, daß die Konzerne V/AG, Preußen-Elektra und der amerikanische Stromriese Southern Company die großen Absahner sind.

Uwe Nawroth, Berlin

Sie erhielten die 50,8 Prozent der BEWAG-Anteile mit 2,9 Milliarden DM weit unter dem geschätzten Marktwert von 3,5-4 Milliarden DM. Mit dem Einkassieren der Dividende für das Geschäftsjahr 1997 und dem Zugriff auf BEWAG-Rücklagen in Höhe von 2 Milliarden DM bekamen sie weitere Geschenke von Finanzsenatorin Fugmann-Heising.

Es wurde aufgedeckt, daß der amerikanische Stromkonzern lediglich mit einer Strohfirma agiert hatte, um seine Mehr-

heitsanteile wahrscheinlich bald an die deutschen Strommonopole zu verkaufen. Diese hätten dann die Aktienmehrheit in Europas größtem Fernwärmenetz und würden die Unternehmenspolitik bestimmen.

Die neuen Eigentümer wollen vor allem ihre Überkapazitäten abbauen, was die Stilllegung mehrerer Berliner Heizkraftwerke bedeutet. Laut dem öffentlich gewordenen Vertrag sind die bisher angekündigten 2000 abzubauenden Arbeitsplätze nur eine unverbindliche Mindestzahl.

Für die Beschäftigten rächt sich nun die katastrophale Politik der ÖTV-Spitze, die dem Senat mit ihrer Zustimmung zur Teilprivatisierung von 25 Prozent der BEWAG-Aktien den Verkaufscoup erst ermöglicht hat. Als BEWAG-Beschäftigte im Januar während vor dem SPD-Landesparteiabend protestierten, um den Verkauf zu verhindern, versuchten die ÖTV-Funktionäre es immer

noch mit sanftem diplomatischen Druck. Unbeindruckt stellte sich die SPD hinter die Totalverkaufspläne ihrer Finanzsenatorin.

Das Nörgeln von Grünen, PDS und ÖTV-Spitze über den niedrigen BEWAG-Verkaufspreis kommt zu spät und ist Heuchelei. Sie haben mitgewirkt bei der „Hausalkonsolidierung“ der großen Koalition.

Die auf Jahre hinaus weiter bestehende Verschuldung Berlins ist für Konzernbosse, Bankiers und Senat ein prima Argument für weitere Rosinenpickerei und knallharte neoliberaler Politik. Durch die Privatisierung wird die Verschuldung nicht abgebaut – im Gegenteil, gerade mit dem BEWAG-Verkauf geht eine sichere jährliche Einnahmequelle verloren. Ihre Aktienwerte haben sich in den letzten 8 Jahren vervierfacht.

Durch die Privatisierungen geht jede staatliche Eingriffsmöglichkeit zur Sicherung der Grundversorgung der Bevölke-

rung verloren, stattdessen werden die Preise vom Profiteurben weniger Monopole bestimmt. Für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ist die BEWAG-Privatisierung eine deutliche Warnung.

Schon jetzt klaffen für den Haushalt 1998 Milliardenlöcher. Weitere (Teil-)Privatisierungen sind geplant: der städtischen Gasversorgung GASAG, der städtischen Wohnungen, und am gewinnträchtigsten der Berliner Wasserbetriebe (BWB).

Bei einer Personalversammlung der BWB mit 5000 Teilnehmern sagte ÖTV-Chef Kurt Lange: „Wir werden um die Wasserbetriebe kämpfen.“ Mit kämpferischen Worten dürfen wir uns nicht zufrieden geben. Alle künftigen Privatisierungen müssen abgelehnt werden. Die noch vorhandene Kampfkraft bei der BEWAG muß dafür genutzt werden, den Kampf für den Erhalt aller Betriebe und aller Arbeitsplätze zu führen. ■

unser Standpunkt

Regierung ohne Totengräber

Waigel will nicht mehr, Waigel will doch noch. Große Steuerreform, kleine Steuerreform, Grabenkämpfe zwischen FDP, CDU und CSU – diese Koalition ist am Ende. In Bonn nichts Neues. Bei diesem lächerlichen Sommertheater haben die meisten schon lange abgeschaltet und denken sich, daß sich sowohl so nichts ändert, die Krise weiter anhält und die Politiker alle gutbezahlte Posten behalten, auch die gerade mal Beleidigten. „Wer völlig bewegungslos auf einem Stuhl sitzt, kann das über die SPD-FDP-Koalition 1982 ist sein Leibbild und viele glauben, daß er das durchhält.“

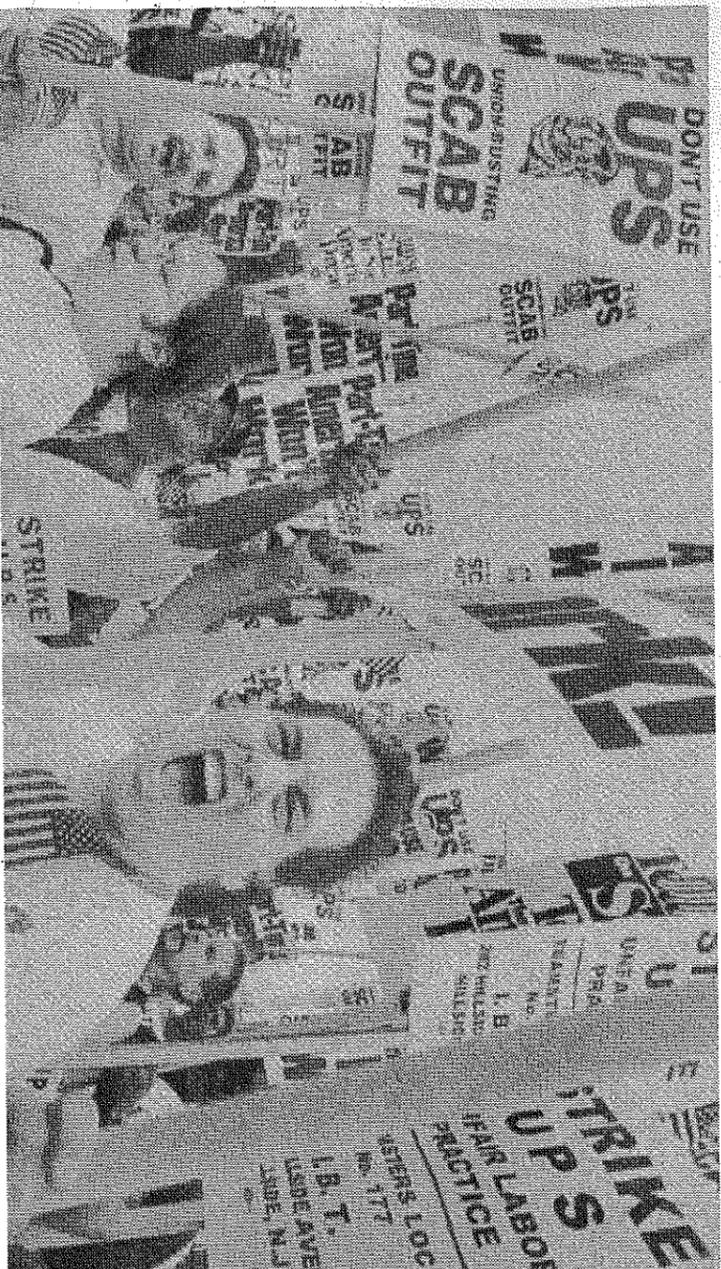
Doch der Grund für den Kabinetts-Komödienstadel ist die tiefe Krise der Regierung und vor allem der öffentlichen Haushalte. SPD-Finanzexperten haben herausgefunden, daß die öffentlichen Einnahmen um 7,5 Prozent weichen müssen, damit der gerade erst beschlossene Nachtragshaushalt 1997 noch erfüllt werden kann. Das ist noch utopischer als daß Kohl freiwillig seinen Sessel räumt. Die Haushalte sind Luftnummern, weitere Löcher werden auftauchen und die werden mit neuen Sozialkürzungen gestopft werden. Das weiß Waigel und er will seine hoffnungsvolle Karriere und die Wahlausichten der CSU nicht damit ruinieren, daß er als Hauptverantwortlicher für die kapitalistischen Notwendigkeiten dasteht.

„Die Haushalte sind ausgenolken bis zum geht nicht mehr.“ Kölns Oberstadtdirektor Rusemeyer hat recht, verschnauzt aber die Ursachen. Der Hauptgrund ist die Altersschwäche der kapitalistischen Wirtschaft, die zu schwacher Konjunktur und zu Massenarbeitslosigkeit führt. Die Politiker verschärfen die Lage durch die Verschleuderung öffentlichen Eigentums per Privatisierung, Steuererleichterungen für die Reichen und die Abwälzung sämtlicher Lasten auf die ArbeitnehmerInnen und die öffentlichen Kassen. Die Krise des Kapitalismus erscheint heute in Form von vor lauter Profitrekorden ihre gewöhnlicher Börsenspekulanten einerseits und ruinierten Kommunen, Ländern und Staaten andererseits.

Wenn die SPD eine Opposition wäre, könnte keine Bewegunglosigkeit Kohl auf seinem Sessel halten. Doch die SPD – in ihrem Schlepptau die Grünen – rütscht als Antwort auf die Krise der Konservativen immer weiter in deren Richtung. Wie der Teufel das Weihwasser scheuen ihre Spitzenpolitiker die Aussage, daß diese Regierung nur für die Reichen da ist. Stattdessen prügeln Schröder und Vosschera verbal auf die Schwächsten, auf AusländerInnen und Arme ein, um ihre Qualifikation für das Regierungamt unter Beweis zu stellen.

Das sind klare Zeichen, daß eine SPD-Regierung keine grundlegende Änderung der Politik bedeuten würde. Und das bedeutet, daß wir uns nicht auf die sogenannte Opposition verlassen können, wenn wir Kohl und seine Truppe loswerden und eine andere Politik durchsetzen wollen. Das müssen wir schon selber machen.

Köln, 28. 8. 97



Vor dem Streik hatte Stephen Roach, Chefökonom der Investmentbank Morgan Stanley, gewarnt, daß die Arbeiter in den USA nicht mehr länger zusehen würden, wie Aktien und Unternehmensgewinne ins Unermeßliche wachsen, während sie selber leer ausgehen. Ein „workers backlash“ (die Gegenwehr der Arbeiter) stehe bevor.

Im größten Streik in den USA seit 1976 haben 185.000 UPS-Beschäftigte die Blockade des Paketdienstes durchbrochen und Lohn-erhöhungen sowie die Einri- chung von Vollzeitarbeits- plätzen durchgesetzt. UPS ist das wichtigste Transportun- ternehmen der USA und nach den Verleihfirmen das Unter- nehmen mit den meisten Be- schäftigten (300.000).

Claus Ludwig, Köln

Dieser Streik hat das Potential der amerikanischen Arbeiterbe- wegung gezeigt. Jahrelang gal- ten die Teilzeitbeschäftigten und ungeschützten Arbeit- merInnen als nicht streikfähig. Die UPS-KollegInnen haben das Gegenteil bewiesen, das ist eine große Ermüdung für alle Beschäftigten in den USA und weltweit.

Seit Jahren fühlten sich die Beschäftigten von UPS gede- mügt. Andy Bankes, der inter- nationale Beauftragte der Teamsters“ der US Transport

arbeitergewerkschaft, meinte dazu in einem Interview: „UPS hat die übelsten Umgehenswei- sen aller US-Firmen... Die Lei- ste haben keinen Kündigungss-chutz, und die Teilzeitbeschäf- tigten erhalten nur den halben Stundenlohn, haben meist kei- nedei Sozialversicherung.“

Dazu kam der Versuch der UPS-Bosse, die Pensionskassen anzugreifen. Dies war ein Ver- such, die Gewerkschaft in einen erfolglosen Streik zu treiben. Die Führung der „Teamsters“

davon, den Aufschwung der Börsen und Banker allein zu be- zahlen. Die Reallohne in den USA liegen heute niedriger als 1989, mehr als 20 Prozent arbei- ten in ungeschützten Arbeitsver- hältnissen.

55 Prozent für Streik

Die UPS-ArbeiterInnen waren wütend und kampfbereit. Nach Umfragen erklärten sich 55 Pro- zent der Amerikaner mit dem Streik solidarisch. Die Piloten-

Wir können kämpfen, auch Teilzeit-kräfte und Ungeschützte. Aber wir brauchen andere Gewerkschaftsführer – in den USA und auch hier.

versuchte erst, einen Streik zu vermeiden und zu verhandeln. Als das nicht mehr funktionier- te, mobilisierte sie ihre Mitglie- der. Die UPS-Bosse hatten sich verkalkuliert. Die ArbeiterInne- rInnen in den USA haben gemei-

gewerkschaft unterstützte den Streik, auf Kundgebungen ka- men viele KollegInnen anderer Gewerkschafter.

Die „Teamsters“-Führung hatte keine flächendeckende Strategie eines aktiven Streiks. Vor vielen

Depots standen nur einzelne Streikposten, die zudem die Streikbrecher durchlassen muß- ten. Doch in einigen Städten, so zum Beispiel in New York wur- den die Polizeikeiten von Soli- dardäisdemonstrationen durch- brochen, bekamen die Streikpo- sten eine große praktische und moralische Unterstützung.

Zu Beginn des Streiks zeigte sich die UPS-Spitze arrogant und nicht verhandlungsbereit. Nach zwei Wochen knickte sie ein und unterschrieb einen Kom- promiß. Der „Teamster“-Führer Carey sprach von weitreichenden Zugeständnissen und einem großen Erfolg für die Gewerk- schaft. UPS sagte zu, 10.000 Teilzeit- in Vollzeit-Arbeitsplät- ze umzuwandeln. Über die Ver- tragslaufzeit von fünf Jahren soll der Stundenlohn für Voll- zeiträfte um 5,70 DM und für Teilzeiter um 7,50 DM steigen.

Doch es ist nicht alles Gold was glänzt. Zehntausend neue Vollzeitstellen sind nicht viel, was glänzt. Zehntausend neue

„Wir haben hier mit deutschen UPS-Arbeitern geredet und festgestellt, daß UPS hierzulande dasselbe macht wie in den USA!“. Andy Bankes, internationaler Sprecher der „Teamsters“

für die meisten verändert sich nichts. Die Löhnerhöhung be- deutet für die Teilzeitkräfte in diesem Jahr lediglich 90 Pfennig mehr. Das ist weniger als zum Ausgleich der Preissteige- rung gebraucht würde, auch 1997 gibt es Reallohnverlust.

Die lange Laufzeit von 5 Jahren kann bedeuten, daß auch die zu- künftigen Steigerungen aufge- fressen werden. Die „Stiddeutsche Zeitung“ kommentiert am 20. August un- ter der Überschrift: „UPS-Ar- beiter sind die Verlierer“. „Nicht zu unrecht sind die Ame- rikaner etwas mißtrauisch, wenn Tarifauseinandersetzungen ver- söhlichlich zu Ende gehen. Fast ausnahmslos setze sich in der Endabrechnung das big busi- ness durch. Diesmal verhielt es sich kann anders... Mit mini- malen Zugeständnissen hat es Chefunterhändler Dave Murray geschafft, die Teamster in die Knie zu zwingen... Der Popula- rität der Gewerkschaften hat die I führen des UPS-Streiks, das sind

(die Einigung) eher Abbruch getan.“

Die Unternehmer in den USA haben zwar auch ein Interesse daran, den UPS-Abschluß klein- zureden, um andere ArbeiterIn- nen nicht zu ermutigen.

Aber die Einschätzung der „Stiddeutschen“ ist nicht von der Hand zu weisen. Der UPS- Streik hat einerseits die enorme Kraft der ArbeitnehmerInnen gezeigt. Aber er hat auch ge- zeigt, daß Erfolge von Streiks in Frage gestellt sind, wenn es kei- ne kämpferische Gewer- kchaftsführung gibt, die sich voll für die Interessen der Basis einsetzt. Wie auch bei vielen Streiks in Deutschland wurde das Erkämpfte am Verhand- lungstisch in einen faulen Kom- promiß verwandelt.

Wir können kämpfen, auch Teilzeitkräfte und Ungeschützte. Aber wir brauchen andere Gewerkschaftsführer – in den USA und auch hier. Das sind



Kriminelle Propaganda

„Wir können mit Law-and-Order-Parolen nicht gewinnen!“ Zu dieser Erkenntnis kam Niedersachsens Ministerpräsident Gerhard Schröder kurz nach der schweren Niederlage der SPD bei den Europawahlen 1994. Jetzt hat er jedoch seine Meinung angedreht und die Wahlziele der britischen New Labour Party geändert.

Conny Dahmen, Aachen

Besonders bei kriminellen Ausländern will Schröder hart durchgreifen: „Wer das Gastrecht mißbraucht, für den gibt es nur eins: raus und zwar schnell!“ tonte er bei einem Interview in der „Bild am Sonntag“ am 20. Juli.

Von einer Bedrohung durch eine hohe Ausländerkriminalität kann jedoch keine Rede sein. Erstens kann anhand der existierenden Statistiken gar nicht errenden Statistiken gar nicht ermittelt werden, wieviele Ausländer tatsächlich eine Straftat begangen haben, da das Bundeskriminalamt nur Verdächtige- und keine Täterstatistiken herausbringt. Und selbst diese besagen, daß 1996 21,8 Prozent der Verdächtigen ausländischer Herkunft waren, während es 1993 noch 26,7 Prozent waren.

Darin eingerechnet sind auch Vergehen von nicht ansässigen Ausländern, zum Beispiel Touristen. Außerdem sind viele Straftaten von Nichtdeutschen Verstoße gegen Ausländer- oder Asylverfahrensgesetze, die Deutsche natürlich nicht begehen können. Auch ist der Anteil der Gewaltkriminalität bei Nichtdeutschen niedriger als bei Deutschen, die meisten werden geringerer Vergehen verdächtigt, zum Beispiel des Taschendiebstahls.

Schröders Äußerungen sind nichts als rechter Populismus, mit dem er versucht, an möglichst viele Wählerstimmen aus dem rechten Lager zu kommen. Unterstützung bekommt er dabei unter anderem auch von Henning Voscherau, SPD-Bürgermeister in Hamburg, der den Bürgerschaftswahlkampf ebenfalls mit rechten Sprüchen führt: „Strafprozeß, Ausländerrecht, Asylverfahren sind zu gewöhnlich, zu langsam angesichts der heranziehenden Schlechtwetterfront.“

Die wirkliche „Schlechtwetterfront“ sind Arbeitslosigkeit und düstere Perspektiven für die Jugend. Wahrscheinlich meint Voscherau, man brauche mehr Stimmungsmache über Kriminalität und gegen Ausländer, um von den wirklichen Problemen abzulenken.

Vorbild New York?

Der Kampf gegen die Kriminalität fängt mit dem Vorgehen der Polizei gegen jegliche Unordnung an. Das ist die neue „Null-Toleranz“-Ideologie aus New York. Dort gehen 38.000 Polizisten gnadenlos gegen SchwarzfahrerInnen, Odschlose, Junkies und Sprayer vor.

Wer in der Öffentlichkeit Alkohol trinkt, laute Musik hört oder auch nur auf die Straße spuckt, muß damit rechnen, festgenommen zu werden. Ist jemand ohne Papiere unterwegs, wird er auf Waffen und Drogen durchsucht, auf die Wache geschleppt und einem Verhör unterzogen, um zum Beispiel Informationen über die Drogenszene herauszubekommen.

In jedem Fall jedoch werden Fingerdrücke und persönliche Daten der Verhafteten in einen Computer eingegeben, so daß



Graf Lambsdorff, verurteilt wegen Steuerhinterziehung, Ehrenvorsitzender der FDP

beispielsweise festgestellt werden kann, ob jemand schon wegen anderer Delikte gesucht wird. Dann beim New York Police Department wird davon ausgegangen, daß Sprayertinnen und SchwarzfahrerInnen die selben Leute sind, die auch rabben, vergewaltigen und morden.

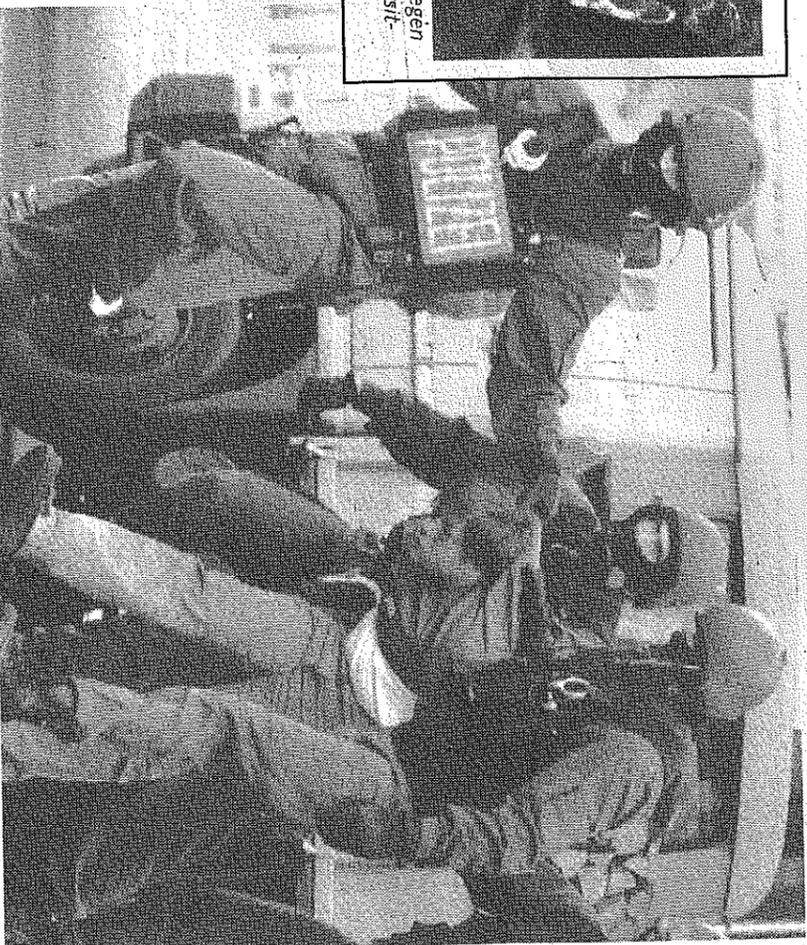
Laut Howard Safr, dem Polizeichef New Yorks, sind Kriminalität eine mehr oder weniger begrenzte Gruppe, „und die muß man verfolgen, verhaften und solange wegsperren wie möglich.“ Noch nie waren in Amerika so viele Menschen „weggesperrt“ wie heute: jeder 160. Amerikaner sitzt rechtskräftig verurteilt im Knast und jede Menge anderer befinden sich in Untersuchungshaft. Scheinbar hat dieses System Erfolg: der Statistik zufolge ging die Kriminalitätsrate in New York in den letzten vier Jahren um ein Drittel zurück und, die Mordrate sogar um die Hälfte.

Für Deutschland ist dagegen ein ein Anstieg der Kriminalität zu verzeichnen; in Hamburg zum Beispiel kommen mittlerweile 350 Raubderfälle auf 100.000 EinwohnerInnen.

Doch nach den US-Statistiken ist die Mordrate in New York schon seit 1990 rückläufig, drei Jahre vor der „Polizeireform“. Allgemein herrscht in New York aber immer noch eine erschreckend hohe Kriminalität. Gerade die Jugendkriminalität hat zwischen 1993 und 1996 um 17,5 Prozent zugenommen. Die Mordrate bei Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren ist in den USA um 16 Prozent angestiegen. Auch hier ist die Hälfte aller Gewalttäter unter 21 Jahre.

Dies ist jedoch nicht verwunderlich angesichts der Perspektiven, die der Kapitalismus zu bieten hat: Arbeitslosigkeit und Armut sind letztendlich die Hauptursachen für Kriminalität und die sind innerhalb des Systems nicht abzuschaffen. Methoden wie in New York lenken von den Ursachen ab, indem sie Opfer des System wie zum Beispiel Obdachlose und Drogenabhängige als Verbrecher darstellen und als Dreck, den mensch einfach nur wegräumen muß, um die Kriminalität zu besiegen.

Der Haß soll auf diese Menschen gerichtet werden und nicht auf die Unternehmer, die massenhaft Leute entlassen und die Löhne heruntersetzen, oder auf die Regierung, die bei Baßig, Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe und Renten kürzt. Auch das Märchen vom kriminellen Ausländer trägt dazu bei, die Menschen gegeneinander aufzuhetzen, anstatt sich gemeinsam gegen Angriffe zur Wehr zu setzen. Denn die einzige wirkungsvolle Maßnahme gegen das Verbrechen ist der Kampf für eine sozialistische Gesellschaft, in der jeder eine Arbeit, eine Wohnung und genug zum Leben hat und niemanden mehr aus Not bestehen muß.



Entgegen der Legende von der „lachen Polizei“ wird auch in Deutschland hart durchgegriffen. Allerdings nicht gegen die Gansterbosse, sondern gegen die, die sich nicht wehren können. Zur Zeit stehen in Berlin Polizisten vor Gericht, weil sie u.a. Vietnamesen mißhandelt haben.

Unser Programm gegen Arbeitslosigkeit

★ Für ein öffentliches Investitionsprogramm in den Bereichen Wohnen, Umwelt, Verkehr, Bildung und Soziales von 300 Milliarden Mark jährlich

Am Beispiel Wohnungsbau wird der Irrsinn der Marktwirtschaft deutlich. Einerseits sind hundertausende Bauarbeiter arbeitslos, andererseits gibt es Wohnungsnot und 1 Million Obdachlose. Die Bauarbeiter bleiben arbeitslos weil den Kapitalbestizern der Profit nicht hoch genug ist. 1992 lagen die durchschnittlichen Kapitalkosten für einen Arbeitsplatz bei rund 150.000 DM. Für 300 Milliarden könnten rund 2 Millionen Menschen in Arbeit gebracht werden.

★ Nein zu Privatisierung und Stellenabbau im öffentlichen Dienst

Zwischen 1991-95 sind 440.000 Stellen im öffentlichen Dienst abgebaut worden, was zur Verschlechterung der öffentlichen Dienstleistungen wie auch der Arbeitsbedingungen führte. Notwendige Arbeits- und Dienstleistungen bleiben liegen.

★ Radikale Arbeitszeitverkürzung zur Verteilung der notwendigen Arbeit auf alle, 30 Stunden Woche bei vollem Lohnausgleich und Neuenstellungen

Zwischen 1991-95 sind 440.000 Stellen im öffentlichen Dienst abgebaut worden, was zur Verschlechterung der öffentlichen Dienstleistungen wie auch der Arbeitsbedingungen führte. Notwendige Arbeits- und Dienstleistungen bleiben liegen.

★ Überführung des großen Kapitals (Banken, Konzerne, Versicherungen) in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle und gesellschaftlicher Planung

Beim heutigen Wirtschaftssystem wird eine kleine Schicht reicher, während die Mehrheit sinkende Realöhne und Armut erfährt. Um Arbeit

Statt für die gesellschaftlichen Bedürfnisse zu investieren und damit Arbeitsplätze zu schaffen, zahlen wir Milliarden zum Aufbau des öffentlichen Dienstes. Die Kosten für den öffentlichen Dienst sind in den letzten Jahren um 10 Prozent gestiegen. Die Kosten für den öffentlichen Dienst sind in den letzten Jahren um 10 Prozent gestiegen.

der Arbeit auf alle könnten wir weniger arbeiten, bei gleichem Lebensstandard. Durch technischen Fortschritt wurde und wird die Produktivität gesteigert, mit immer weniger Arbeit können dieselben bzw. sogar mehr Werte produziert werden.

der Arbeit auf alle könnten wir weniger arbeiten, bei gleichem Lebensstandard. Durch technischen Fortschritt wurde und wird die Produktivität gesteigert, mit immer weniger Arbeit können dieselben bzw. sogar mehr Werte produziert werden.

und gesellschaftlichen Reichtum sinnvoll einzusetzen, muß die Macht des Kapitals gebrochen werden. Dann ist eine demokratische Planung

Hinzu kommt der Ausfall bei der Erwirtschaftung des Sozialprodukts. Bei einem durchschnittlichen Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigen von 87.000 DM jährlich könnten 5 Millionen Arbeitslose rund 435 Milliarden Mark erwirtschaften – das entspricht etwa dem Volumen des gesamten Bundeshaushalts. Es wäre kein Problem, ein umfassendes, gesellschaftlich sinnvolles Investitionsprogramm zu finanzieren und Millionen neuer Jobs zu schaffen.

Löhne, Ausbildungsstellen, Gebühren und Service betrifft. Die Rücknahme aller bisherigen Privatisierungen und Neueinstellungen, bei demokratischer Kontrolle des öffentlichen Sektors im Interesse der Nutzer und Beschäftigten sind nötig.

werden, die Gesellschaft wird nicht ärmer sondern reicher. Im Gegensatz zu dem, was nun auch Zwickel glauben machen möchte, ist der Lohnausgleich bezahlbar

von Produktion und Verteilung im Interesse und unter Kontrolle der Beschäftigten und Verbraucher möglich.

★ Sozialistische Demokratie statt Diktatur von Markt und Kapital

oben ...



Die oberen

Hunderttausend

Wie das Bundesamt für Statistik Anfang Juli mitteilte, belief sich die Zahl der Haushalte mit einem Vermögen von über 1 Million DM 1993 (letztes Jahr der Erhebung) auf 181.000 in den alten Bundesländern. Das sind 24 Prozent mehr als noch vier Jahre zuvor. Auch ihr Vermögen mehrte sich um 22 Prozent auf insgesamt 486 Milliarden DM. Die tatsächliche Summe dürfte noch höher liegen, da ihr Grundvermögen nur zum Einheitswert (aus den 60er Jahren) bewertet wurde. Damit besitzen die oberen 181.000 etwa so viel wie der gesamte Bundeshaushalt. Ob und wo sie ihr Vermögen versteuern, wurde nicht bekanntgegeben.

Vater Staat hört mit

Der Staat kriegt immer größere Ohren, noch nie wurden so viele Telefongespräche abgehört wie im letzten Jahr. 6428mal ordneten Richter und Staatsanwälte im vergangenen Jahr eine Überwachung von Telefonschlüssen (einschließlich Telefax- und Funkanschlüssen) an, gab das Justizministerium auf Anfrage eines bündnisgrünen Abgeordneten bekannt. Das war im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg von saten 27,5 Prozent. Vor zwanzig Jahren, 1977, lag die Zahl der überwachten Telefonate noch bei 511.

Profitable Zinsgeschäfte

Die Differenz zwischen Soll- und Habenzinsen brachten den deutschen Banken 1996 Zinsgewinne in Höhe von 141 Milliarden DM. Nach Abzug von Risikoversorge und laufenden Kosten blieben den Geldinstituten 40 Milliarden DM Jahresüberschuß aus dem Zinsgeschäft. Die Konzentration im Bankgewerbe schreitet fort, zwischen 1990 und 1996 sind über 1000 Banken fusioniert oder geschlossen worden. 1996 gab es noch 3517 Geldinstitute.

Immer mehr Allergien

1,5 Millionen Kinder werden in Deutschland pro Quartal wegen Allergien behandelt, gab der Bundesverband der Betriebskrankenkassen das Ergebnis einer Umfrage unter Kinderärzten bekannt. Jedes fünfte kranke Kind kommt demnach wegen Allergien in die Praxis. 71 Prozent der Kinderärzte nannten Umwelteinflüsse als Grund.

... wir hier unten



Streik der Berliner Bauarbeiter

Kampfkraft nicht genutzt

Die Entschlossenheit, mit der die Berliner Bauarbeiter ihren Streik in diesem Sommer geführt haben, war eine Ermütigung für die ganze arbeitende Bevölkerung. Wie VORAN in der letzten Ausgabe (Nr. 19/1) berichtete, haben sich die streikenden Kollegen nicht darauf beschränkt, ihren Stempel zu holen, sondern einen aktiven Arbeitskampf auf die Beine gestellt.

Aron Amm, Berlin

Seit dem 30. Juni haben die Kollegen Woche für Woche

Tag für Tag Autokorsos organisiert oder Baustellen besucht, auf denen Streikbrecher eingesetzt wurden. Im Arbeitskampf entwickelte sich ein größeres Verständnis für Solidarität. So nahm auch eine Delegation von zwanzig Bauarbeitern am ersten Warnstreik im Berliner Einzelhandel teil.

Der Streik der Bauarbeiter richtet sich gegen die Zerschlagung des Flächenarbeitsvertrags, gegen Lohnsenkungen bis zu 30 Prozent und gegen Kürzungen bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

IG BAW nutzt die Chance nicht

Was wäre möglich gewesen, wenn die Führung der IG BAW die große Kampfbereitschaft aufgegriffen hätte? Unsere Partei, die SAV, hat in die Bewegung die Idee des Vollstreiks anstelle der „Nadelstichaktik“ hineingetragen. Außerdem haben wir Vorschläge gemacht, den Berliner Streik mit dem Tarifkonflikt der Bauleute in Ostdeutschland zu verbinden. Notwendig wäre auch ein einträglicher Solidaritätsstreik in ganz Berlin, organisiert vom DGB, gewesen.

Stattdessen rief die IG-Bau-Spitze: „selbst am Höhepunkt nicht mehr als 1500 Kollegen zum Streik auf. In der ganzen Zeit fand nicht mehr als eine öffentliche Veranstaltung statt. Ein Solidaritätsstreik britischer Bauarbeiter wurde von der IG BAW nicht aufgegriffen. Nachdem der Streik einen Monat angehalten hatte, ging die Gewerkschaftsführung zum „Häuserkampf“ über, ließ sich auf Hausarbeitsverträge ein und nahm alle Streikenden aus dem Kampf heraus, die eine Verträge in der Tasche hatten. Obwohl nach fünf Wochen Streik gerade die Hälfte der Beschäftigten (in 50 von ungefähr 1000 Betrieben) einen Abschluss hatte, wurden die Aktionsstufen aufgelistet. Obwohl nach sechs Streikwochen 300 Kollegen vor der Entlassung standen, wurde das Streikzelt abgebaut.

In einem Interview mit der „jungen welt“ antwortete der Sprecher der IG BAW Berlin-Brandenburg, Holger Barfels, auf die Frage, ob ein breiter Arbeitskampf bei den bundesweiten Tarifverhandlungen/Ost nicht eine richtige Durchsetzungskraft bewirkt hätte: „Gut, aber das“ ist Spekulation, ich



Der „Häuserkampf“ der IG BAW hat dazu geführt, daß Ende August nur noch 200 Kollegen auf sich allein gestellt streikten.

Streik der LehrerInnen in Hessen

Am 1. Juli streikten in Frankfurt 10.000 LehrerInnen gegen die Bildungspolitik der rot-grünen Landesregierung. Im Mai hatte der Hessische Bildungsminister Hartmut Holzappel (SPD) seine „Bildungsreform“ präsentiert. Geplant sind eine Arbeitszeitverlängerung für GrundschullehrerInnen in Form einer Pflichtstundenerhöhung, die Kürzung der Altersermäßigung und das Zwangsansparmodell für die künftige Altersermäßigung (Zeitkonten).

Ingo Neumann, Studienreferendar, Darmstadt

Dies bedeutet eine erneute Arbeitszeitverlängerung für alle Beschäftigten. Die Pläne zur Einführung einer Zwangszeit für Berufsanfänger stellen einen Einstieg in eine allgemeine Belastungsabsenkung im öffentlichen Dienst dar. Darauf konnte es nur eine Antwort geben: Streik.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat berechnet, daß wegen der steigenden Schülerzahlen bis zum Jahr 2005 über 6000 neue Stellen allein in Hessen benötigt werden. Dem Stellenbedarf möchte Kultusminister Holzappel der sogen. Mitglied der GEW ist (!), mit Arbeitszeiterhöhung und Streichung der Altersermäßigung begegnen. Laut Anfrage einer Kollegin meiner Schule beim Schultat werden im September in Hessen 16 (!) neue Lehrkräfte eingestellt. Während



Auch Rot-Grün trägt die Krise des Bildungssystems auf dem Rücken von LehrerInnen und SchülerInnen aus.

unterrichte. Durch eine Neuberechnung der Gesamtstundenanforderung hat meine Schule, obwohl sich am Personal nichts geändert hat, nach Jahren mit Lehrermangel nun plötzlich 1,8 Stellen zu viel. Das bedeutet konkret daß für zwei Kollegen, die wegen Pensionierung bzw. Operation nicht mehr oder für längere Zeit nicht zur Verfügung stehen, kein Ersatz kommt. Der Schulleiter kündigte bereits eine Kitzinger des letzten Jahres mit Innovationen

tersemmäßigung und Anhebung des Pensionsalters noch mal rangeholt werden sollen, werden die Jungen ausgetrennt. Die geplante Zwangszeit für die wenigen BerufsanfängerInnen, die überhaupt noch eine Stelle bekommen, bedeutet 20 Prozent Einkommensbeschneidung. Dabei wird bei diesen Maßnahmen der zu erwartende Schulberg nicht annähernd bewältigt. Erhöhung der Klassengrößen und Reduzierung des Unterrichtsangebotes werden die weiteren Folgen sein. So auch an der Schule, an der ich

terrichtsangebots bei den Hauptfächern an.

An vielen Schulen liegt der Altersdurchschnitt des Kollegiums über 50 Jahre. Viele haben bereits angesichts der enormen Belastungen, denen sie tagtäglich ausgesetzt sind, resigniert. Gleichzeitig warten tausende junge, motivierte ReferendarInnen auf eine Einstellungsstelle.

Wie schamlos jedoch die Vorschläge des Kultusministers sind, zeigt sich darin, daß auch schwerbehinderte LehrerInnen für eine Altersermäßigung vorarbeiten sollen. Dummerweise haben sie jedoch nichts davon

weiß nicht, was dann passiert wäre. Dann können wir die Argumentation auch auf die Spitze treiben und sagen, wenn wir würden, würde so etwas auch gehen.“ (6. 8. 97).

Nicht genug damit, daß der Tarifkampf das Ende des Flächentarifs im Berliner Baugewerbe bedeutet. Die Unternehmensseite in der „Fachgemeinschaft Bau“ erklärte auch, daß die Abschlüsse Kürzungen beim 13. Monatsgehalt in Höhe von 65 Prozent vorsehen würden.

Durch den Verlauf des Tarifkampfes wurden die Kollegen in Berlin-Brandenburg und in Ostdeutschland auf Dauer von Westniveau abgehängt und zu Bauarbeitern 2. Klasse. Bei den neu aufgerufenen Tarifverhandlungen Ost im Juni akzeptierten die Verhandlungsführer der IG BAW kamphof, den Kapitalistischen Öffnungsklauseln zuzugestehen, die Lohnsenkungen von zehn Prozent ermöglichen.

Wie weiter?

In diesem Oktober findet in Hamburg der nächste Gewerkschaftstag der IG BAW statt. Die Delegierten blicken auf eine Serie von Rückschlägen zurück: 1995 Abschaffung des Schlechtereigeldes, 1996 Absenkung der Mindestlöhne (die 1997 noch einmal gedrückt wurden), 1997 Tarifverträge in Berlin-Brandenburg und im Osten. Diese Rückschläge hat die heutige IG BAW-Führung zu verantworten. Nötig ist es, die Lehren aus dieser verheerenden Politik zu ziehen. Nötig ist der Aufbau einer kämpferischen Opposition, um in der Gewerkschaft Mehrheiten für ein anderes Programm und für eine andere Politik zu schaffen.

und Taktkraft zahlreiche wirklich Reformen durchgeführt und sich für die Ersetzung einer kindgerechten Grundschule als Lern- und Lebensraum eingesetzt, obwohl mit der Einführung der neuen Rahmenpläne und von neuen Schulkonzepten zusätzliche Arbeit entstand und weiterhin entstehen wird und obwohl die Lehrkräfte es in immer größeren Klassen zunehmend mit erziehlingschwierigen Kindern zu tun haben und Beratungsaufgaben wahrnehmen für die sie niemals ausgebildet wurden.

Weder der Regen noch die Strafandrohungen des Kultusministers oder der defekte Sondertzung aus Kassel haben die hessischen LehrerInnen davon ab, dem Streikaufruf der GEW zu folgen. Kaum ein Ende nahm der bunte Zug demonstrierender LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen, der aus S-Bahnen, Sonderzügen und Bussen quoll und schnell den Römerberg in Frankfurt bis auf den letzten Platz füllte: mit GEW-Fahnen und phantasievollen Transparanten. Ganze Schulklassen hatten sich angeschlossen, um ihren Ärger über Unterrichtsbedingungen Luft zu machen. Der Streik war ein wichtiger Schritt, ein deutliches Zeichen, daß es die hessischen Lehrkräfte ernst meinen und sich nicht spalten lassen. Es ist jedoch nötig, daß diesem Streik weitere Aktionen folgen, um die geplanten Verschlechterungen abzuwehren, die in den letzten Jahren durchgeführt Kürzungen rückgängig zu machen und Neustellungen von jungen Lehrkräften zu erreichen.

Solidaritätsarbeit der Berliner SAV

Unsere Partei organisierte Solidaritätsschreiben aus anderen Branchen und aus anderen Orten. Eine Solidaritätserklärung erreichte uns sogar aus Sevilla von unserer spanischen Schwesterorganisation „Manifesto“. Außerdem sammelte die SAV Berlin in den verschiedenen Stadtteilen Unterschriften zur Streikunterstützung. Mit unseren regelmäßigen Unterstützungsaktionen beim Streikzeit kamen wir ins lokale Fernsehen (puls-tv). Ein anderes Mal waren Müllwerker vorgefahren, die ein paar Tage später mit hundert Wagen anrücken wollten, von denen ein Kollege mehrere VORANS für einen Zehner mitnahm, um sie unter seinen Kollegen zu verteilen.

Als die SAV-Penzlauer Berg im Kiez Plakate „Nein zum EUROPA der Banken und Konzerne – Kohl muß weg“ klebte, hielt ein Wagen streikender Baukollegen, spendete Beifall und deckte sich mit Plakaten und VORANS ein.

ÖTV-Führungs will Lohnverzicht

Ende Juli schlug ÖTV-Chef Mai vor, die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst vorzuziehen. Die ÖTV soll seiner Meinung nach ohne konkrete Forderungen in die Verhandlungen gehen. „Wir sind bereit, für diese Tarifverhandlungen Rituale zu verlassen.“

Doch dieses Verhandeln ohne „Rituale“ bedeutet den Verzicht auf die Kampffähigkeit. Mai will während der Friedenspflicht verhandeln, die öffentlichen Arbeitgeber können dann ohne Druck ihre eigenen Forderungen zum Lohnverzicht präsentieren. Meint Mai, man könne mit dieser Regierung mal eben locker über „Beschäftigungssicherung“ plaudern? Der Ablauf ist klar: die Arbeitgeber werden behaupten, Arbeitsplatz könnten nur durch Einschnitt gesichert werden. Vor allem werden sie die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheits-

An den ÖTV-Hauptvorstand und die große Tarifkommission.

Wir brauchen keine Sondierungsgespräche oder eine Verzettelung von Verhandlungen in unübersichtbare Einzelgespräche. Mit dieser Art von Taktik kommen wir nur wieder in eine defensive. Was wir brauchen ist eine offensive Forderung, die in einer offensiven Tarifrunde verhandelt werden kann. Wir fordern die Kompakten Tarifrunde durch Streik wird, in der wir die Möglichkeit haben, unserer Forderung durch den mehr Druck zu verleihen. Von den KollegInnen wird immer wieder betont, daß wir uns einen Lohnverzicht nicht mehr leisten können. Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich ist die Forderung. Durch den überraschenden durchzuführen, Tarifverhandlungen durchzuführen, ist die Wut, nicht nur der KollegInnen in den städtischen Kliniken, sondern in den städtischen Kliniken, sondern groß... Wir fordern die Mitglieder der großen Tarifkommission auf, den vorgezogenen Tarifverhandlungen nicht zuzustimmen. Die Forderung der Vertrauensleute der Städtischen Kliniken bei vollem Lohnausgleich. Auch auf der nordhessischen Arbeitszeitkonferenz wurde eine massive Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich gefordert. Dies muß sich auch in der Forderung der großen Tarifkommission niederschlagen.

Mit kollegialen Grüßen
Silvia Schade und Stephanie Nitschke
Für die ÖTV-Betriebsgruppe der Städtischen Kliniken Kassel



Aktion der Kasseler Azubis: in einem Sketch unter dem Motto „Zukunftsperversionen 2037“ stellen sie die düsteren Aussichten für den Pflegedienst dar.

Azubipower gegen Zukunftsklauer

Übernahme

aller Azubis

Zum Oktober 97 lernen 45 Auszubildende an den Städtischen Kliniken Kassel aus. Die Geschäftsführung beabsichtigt, nicht alle zu übernehmen, mit der Begründung, es gäbe nicht genügend freie Stellen.

Steffi Nitschke, Städt. Kliniken Kassel

Die Jugend- und Auszubildenden Vertretung (JAV), der Betriebsrat und die ÖTV organisierten sofort eine Kampagne. Es wurden Flugblätter, Unterschriften gesammelt und umgehend eine Jugendversammlung organisiert.

JAV-Vorsitzender Markus Kourjij sagte auf der Versammlung: „Bei 47.000 Überstunden allein im Pflegedienst, was 30 Vollzeitstellen entspricht und 30 Millionen DM Gewinn 1996, dürfte es eigentlich kein Problem sein, alle Auszubildenden unbefristet zu übernehmen. Es sei denn, der Profit steht vor der Gesundheit von Patient und Personal.“

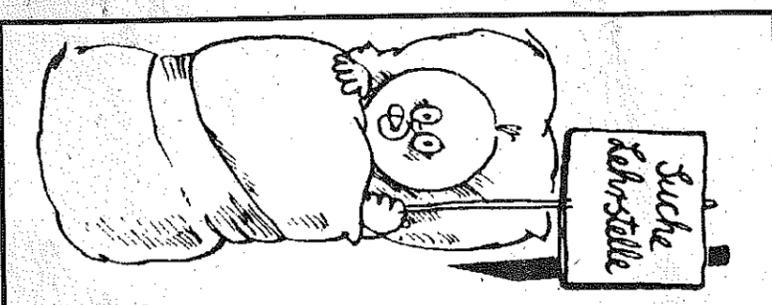
Doch betriebswirtschaftliches Denken auf Kosten von Personal und Patienten hält seit den Privatisierungen im Gesundheitswesen und den sogenannten „Gesundheitsreformen“ der Bundesregierung immer stärker Einzug in die Krankenhäuser.

Ausbildung: katastrophal

Im Klinikum Aachen werden rund 50 Anzuchlerinnen ausgebildet. An sich eine gute Sache. Doch die Ausbildungsqualität ist eine Katastrophe. Und dies geht nicht nur zu Lasten der Azubis, sondern auch zu Lasten der Patienten.

Immer wieder berichten Azubis, daß sie alleine Schichten schieben müssen. Minderjährige Azubis machen Überstunden, obwohl dies nach Jugenschutzgesetz nicht zulässig ist. In der Regel verrichten Azubis ausbildungsfremde Tätigkeiten, wie Putzen und Regale einräumen. Dies ist natürlich ein Verstoß gegen den Ausbildungsrahmenplan. Auch sonst werden die Azubis sehr einseitig ausgebildet, so daß sie nur bestimmte Tätigkeiten ausüben können. Damit dies nicht auffliegt, schreibt teilweise die Sekretärin

Ein Aachener ÖTV-Mitglied



Der Entwurf des neuen Hochschulrahmengesetzes (HRG) steht fest. Gemeinsam mit der SPD haben „Bildungskaumister“ Jürgen Rüttgers und seine Parteifreunde sich geeinigt. Das HRG ist zwar nicht der harte Angriff, den Rüttgers ursprünglich geplant hatte, aber es ist ebenso wenig das nette Geschenk, als das es uns verkauft werden soll.

Juliane Jung, Studentin, Siegen

Hinter positiv besetzten Begriffen wie „leistungsorientierter Hochschulfinanzierung“ und mehr „Handlungsfreiheiten“ für die Hochschulen steckt nichts anderes als eine Verschlechterung der Studienbedingungen.

Denn wie werden wohl die Handlungsfreiheiten von Universtitäten aussehen, die keine Gelder zur Verfügung haben? 20 Prozent ihrer Studentinnen können sie sich in Zukunft selbst aussuchen. Ob darunter auch Studentinnen zu finden sein werden, bei denen es wahrscheinlich ist, daß sie die Regelstudienzeit nicht einhalten können ist fraglich. Dazu gehören Studen-

rende, die aufgrund ihrer finanziellen Situation auf Nebenjobs angewiesen sind oder durch die Betreuung ihrer Kinder im Studium zeitlich eingeschränkt sind.

Die „leistungsorientierte“ Finanzierung der Unis läuft langfristige darauf hinaus, daß die Unis, die auf dem Sektor Forschung mithalten können und deutlich Gelder bekommen und die anderen einfach hinten runterfallen werden. Schon heute sind etliche Universtitäten in baufälligen Zustand, die Zahl der Studierenden ist bundesweit ungefähr doppelt so hoch wie die Anzahl der vorhandenen Studienplätze.

Wo Gelder für Forschungsprojekte fließen, werden wohl kaum neue Professoren eingestellt oder baualte Instandsetzungsmaßnahmen betrieben werden.

Rüttgers Idee, daß Hochschulen um Geld und Studenten konkurrieren sollen führt letztlich dazu, daß es Elitenausgaben wird, an denen die Kinder der reichen Eltern studieren werden und baufällige Ruinen, in denen sich die finanziell schlechter gestellten Studentinnen in ihren Vorlesungen un-

Stieplätze streiten werden.

Auch bezüglich der Studiengebühren ist keine Entwarnung zu geben. Diese sollen von den jeweiligen Ländern selbst festgelegt werden können. Wenn dies so verabschiedet wird, werden sich die Studierenden ihrer Universtitäten und Studienfächer nicht mehr aussuchen können, sondern sind in ihrer Auswahl von ihrem Einkommen abhängig. Einige werden sich das Studium gar nicht mehr leisten können, denn die Möglichkeiten sich das Studium durch Nebenjobs zu finanzieren sind wegen der miserablen Arbeitsmarktsituation rapide gesunken.

Rüttgers hat in einem Punkt recht – es muß etwas geändert werden – aber nicht auf unsere Kosten. Das Geld, was heute auf den Konten von Banken und Konzernnen herumliegt oder auf Aktienmärkten hin- und hergeschoben wird, ist von unseren Eltern erarbeitet worden. Mit diesem Geld wäre es möglich ein Bildungssystem zu finanzieren, welches für jede und jeden, unabhängig vom Einkommen, zugänglich wäre und ein vernünftiges Studium ermöglicht.



An der Uni aktiv werden!

- Um uns gegen den verschärften Sozialabbau mit dem Hochschulrahmengesetz zu wehren, haben wir bereits im Mai an der Kölner Uni eine Aktionsgruppe gegründet, um die Studierenden zu informieren und Widerstand zu organisieren. Auch wenn Rüttgers ursprünglichen Pläne nicht im vollen Umfang umgesetzt werden, bedeutet das neue Hochschulrahmengesetz einen weiteren Schritt in die falsche Richtung. Es läuft auf eine Elitebildung hinaus, von der die „Allgemeinheit“ ausgeschlossen wird.
- Es gilt keine Zeit zu verlieren, denn bereits im Herbst soll das neue HRG verabschiedet werden. Wir müssen, möglichst sofort an allen Unis mit Aktionen beginnen und so viele Studierende wie möglich in den Kampf gegen das neue HRG einbinden.
- den.
- Nur so können wir Rüttgers zeigen, daß er seine schlechte Rechnung ohne uns gemacht hat.
- Was könnt ihr an Eurer Uni machen?
 - ✓ Geht zu Eurem ASiA oder Fachschaftsrat und fragt was geplant ist. Fordert ihn auf eine Studentinnenversammlung einzuberufen auf der das weitere Vorgehen diskutiert werden kann.
 - ✓ Gründet selbst ein Studentinnenaktionskomitee. Fragt den ASiA oder Fachschaftsrat nach Geldern für Plakate oder Flugblättern. Sucht einen Raum für regelmäßige Treffen.
 - ✓ Nehmt Kontakt zu anderen Hochschulen auf.
- Boris, Student, Köln

30. Todestags des Revolutionärs



Am 8. Oktober 1967 nahm eine kleine Einheit der bolivianischen Armee eine Gruppe von „Guerilleros“ nahe dem Dorf La Higuera in Bolivien gefangen. Am nächsten Tag wurde Ernesto Guevara de la Serna hingerichtet, in der ganzen Welt bekannt und populär als Che.

Tony Saunois, Lateinamerika-Sekretär des Komitees für eine Arbeiterinternationale, über das Leben und politische Vermächtnis des Revolutionärs.

kubanische Revolution ausüben.



Guerillakrieg und Arbeiterklasse

Che Guevara war davon überzeugt, daß der Sozialismus in ganz Lateinamerika siegen müsse, um die Vorherrschaft des Imperialismus zu brechen. Jedoch fehlte ihm das Verständnis, wie das erreicht werden kann. Vor allem verstand er nicht die entscheidende Rolle der Industriearbeiter für den Sturz des Kapitalismus und den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft.

Die zentrale Rolle der Arbeiterklasse, erwächst aus dem gemeinsamen Klassenbewußtsein, das sich am Arbeitsplatz entwickelt und die Grundlage einer kollektiven Kontrolle der Gesellschaft bereitet.

Durch ihr Auftreten als Klasse kann sie die Unterstützung der armen Bauern und anderer ausgebeuter Schichten der Gesellschaft für den Sozialismus gewinnen. Das gilt sogar für Länder, in denen die Arbeiterklasse eine Minderheit darstellt.

Über Jahrzehnte hat in den kolonialen und halbkolonialen Ländern sogar die Vollendung der Aufgaben der bürokratisch-demokratischen Revolution – die Entwicklung der Industrie, eine Landreform – die Sicherung der nationalen Unabhängigkeit oder die Einführung einer parlamentarischen Demokratie mit elementaren demokratischen Rechten für die Massen – Konflikte mit Kapitalismus und Imperialismus bedeutet. Das liegt an der Schwäche der kapitalistischen Klasse in diesen Ländern, ihren Verflechtungen mit feudalen Großgrundbesitzern und ihrer völligen Unterwürfigkeit gegenüber dem Imperialismus.

Die Arbeiterklasse kann dieses Problem lösen, indem sie die Macht in der Gesellschaft ergreift – mit der Perspektive, die sozialistische Revolution international zu entwickeln. Das ist die entscheidende Lehre aus der russischen Revolution von 1917. Dort hatte die Arbeiterklasse die Macht erobert und Großgrundbesitz und Kapitalismus abgeschafft. Sie hatte die Perspektive, daß die Arbeiterbewegung in Deutschland und anderen Ländern die sozialistische Revolution in Europa zuende zu führen würde. Die Niederlage der internationalen Revolution und die Intervention imperialistischer Mächte in Rußland mündete schließlich in die Entstehung einer monströsen bürokratischen Elite.

Leider verstand Che Guevara diese entscheidenden historischen Ereignisse nicht. Die Bewegung der Bauern spielt eine wichtige, aber nur ergänzende Rolle zu der Bewegung in den Städten. Die Bauernschaft mit ihrer engen und eher beschränk-

Oberstleutnant Andres Selich verhörte Che, bevor seine Ermordung von Felix Rodriguez, einem CIA-Agenten, befohlen wurde. Che lag an Händen und Füßen gefesselt neben den Leichen von zwei anderen Guerilla-Kämpfern. Selich fragte: „Bist du kubanisch oder argentinisch?“. Che antwortete: „Ich bin Kubaner, Argentinier, Bolivianer, Peruaner, Equadorianer ... verstehst du?“

Am 14. Mai 1928 in einer Familie der Mittelklasse im argentinischen Rosario geboren, studierte Che Medizin und graduierte 1953 als Doktor in Buenos Aires. Seine Familie besaß eine Plantage in Misiones, einer subtropischen Provinz. Von dort zog sie nach Cordoba und dann 1947 nach Buenos Aires, um Ches chronisches Asthma durch einen Klimawechsel zu bessern. Das Asthma verfolgte ihn sein ganzes Leben.

Trotz seiner Sympathien mit den linken Gruppen an der Universität hatte er nie aktiv mitgemacht. Zu diesem Zeitpunkt war sein Interesse am Sozialismus mehr eine vorübergehende Neugier als eine Idee, für die er sich aktiv einsetzte. Als radikaler Linker vertraute er darauf, den Armen durch seine Arbeit als Arzt beizustehen.

Seine Erfahrungen während zweier Lateinamerikareisen ließen ihn schließlich erkennen, was für die Beendigung von Armut und Ausbeutung nötig ist.

Che's „Motorradtagebücher“ schildern seine „jugendlichen Exzesse“ während seiner ersten Reise 1951/52 – seine zahlreichen Liebschaften, betrunkenen Randalen und andere Abenteuer. Davon abgesehen berühren ihn auch weit wichtigere Ereignisse. In Chile besuchte er Chuquibambuta, das größte oberirdische Kupferbergwerk der Welt. Hier trafen Che und sein Reisegefährte Alberto einen ehemaligen Bergarbeiter, der gerade eine Haftstrafe wegen einem Streik verbüßt hatte. Die bittere Geschichte der Unterdrückung der zu dieser Zeit illegalen chilenischen kommunistischen Partei und der Gewerkschaften beeindruckte sie. Verschwundenlassen und Folter waren an der Tagesordnung.

Die Lateinamerikareise hat Ches Sichtweise dramatisch geschärft. Vor allem hat er sich die internationale Sichtweise angeeignet, ein Thema, zu dem er immer wieder zurückkehren wird.

Während seiner zweiten Reise 1953/54 trat er in Guatemala zum ersten Mal in das aktive politische Leben ein. Hier war eine linke Regierung an der Macht, geführt von Präsident Jacobo Arbenz. Die Regierung hatte mit einer radikalen Landreform begonnen und sich den Zorn des US-Imperialismus durch die Nationalisierung der United Fruit Company zugezogen. Diese radikalen Maßnahmen fortzuführen, ließ die Regierung den Staats-



Castros erster Versuch

Am 26. Juli 1953 hatte eine Gruppe von Jugendlichen die Kaserne von Moncada gestürmt und vorübergehend besetzt. Bis zu diesem Moment hatten die USA, deren Reiche und Mächtige Kuba als Spielwiese und zur Prostitution benutzten, Kuba unter der Batista-Diktatur für „sicher“ gehalten.

Batista und die USA bezeichneten den Angriff als „kommunistischen Putsch“. Die kubanische „Kommunistische Partei“ war nicht beteiligt und antwortete, indem sie den Angriff als bürgerlichen Putsch denunzierte. Im wesentlichen hatten die Beteiligten keine sozialistischen Bindungen und stützten sich auf die Ideen von José Martí, dem radikalen, nationalistischen Helden aus dem 19. Jahrhundert.

69 Rebellen wurden hingerichtet oder zu Tode gefoltert. Die übrigen wurden schließlich nach Eingreifen der römisch-katholischen Kirche aus der Haft entlassen. Unter ihnen waren der Führer Fidel Castro und sein jüngerer Bruder Raoul.

Che hatte den Umsturz der Regierung in Guatemala verfolgt und war 1955 nach Mexiko gegangen, wo er Castro zum ersten Mal traf und seiner Gruppe, der „Bewegung 26. Juli“, beitrug.

Die Wurzeln dieser Gruppe lagen im Jugendfilm der kubanischen radikal-nationalistischen Partei der Orthodoxen und Auténticos. Castro befand sich sicherlich auf dem linken Flügel seiner Gruppierung und verachtete die orthodoxe Partei, mit der er 1956 brach. Er hatte jedoch keine sozialistischen Ideen angenommen. Che andererseits hatte als Ergebnis seiner Erfahrungen und Diskussionen während seiner Reisen 1953 an seine Tante in Argentinien geschrieben und seine „strahlende Zuversicht in die sozialistische Zukunft“ erklärt. Sein Streben, den Kapitalismus zu stürzen und durch den Sozialismus zu ersetzen, sollte einen zentralen Einfluß auf die zukünftige



Che Guevara und Fidel Castro. Während Che ein internationaler Revolutionär blieb, festigte Castro in Kuba ein bürokratisches Regime nach sowjetischem Modell.

ten und individualistischen Sichtweise ist nicht in der Lage, eine wirklich demokratische Wirtschaft aufzubauen und die Revolution international aus-zudehnen.

Che hatte andere Schlussfolgerungen gezogen. Zum Teil wegen seines eigenen Klassenhintergrundes hatte er nie aktiv an den Kämpfen der Arbeiterklasse teilgenommen und nicht deren politische Stärke als Klasse erfahren.

Er fühlte sich auch von der Politik abgestoßen, die etliche „kommunistische“ Parteien Lateinamerikas verfolgten. Während sie formal an der Arbeiterklasse festhielten, argumentierten sie für Bündnisse mit anderen Klassen einschließlich Teilen der eigenen kapitalistischen Klasse. Man nennt das Volksfrontpolitik. Diese Politik hält den Klassenkampf der Arbeiter innerhalb der Grenzen des Kapitalismus und führte immer wieder zu blutigen Niederlagen der Arbeiterklasse. In Kuba hatte die Kommunistische Partei sogar mit dem Diktator Batista während seiner ersten Amtszeit 1940 zusammengearbeitet.

Weil er keine Alternative zur Politik der kommunistischen Parteien gesehen hatte, entwickelte Che seine Guerilla-Ideen, die er fälschlicherweise als praktische Anwendung des Marxismus auf die konkreten Bedingungen Lateinamerikas betrachtete. Ches Schlussfolgerungen kamen während des Sieges der kubanischen Revolution und danach zur vollen Wirkung und werden am klarsten in seinem Buch „Guerillakrieg“ dargestellt, das 1960 erschienen ist.

Für Guevara war die führende Klasse in der Revolution die Bauernschaft mit „proletarischer Ideologie“. Die Guerillakräfte oder das „Zentrum“, wie er es bezeichnete, würden einen Krieg mit deren Unterstützung führen und das bestehende Regime schließlich stürzen. Die Guerilla-Zentren würden Auslöser der Bewegung sein. Diese Methode vertrat er überall in Lateinamerika.

Wo es möglich und sinnvoll ist, unterstützen Marxisten Bauernkriege als Ergänzung der Arbeiterbewegung. Für Che war die Bewegung in den Städten eine Ergänzung der Bauernkämpfe, genau er gesagt des vom Guerilla-Zentrum geführten Kampfes mit Unterstützung der Bauernschaft.



Auf Kuba siegt die Guerilla

Der von der „Bewegung 26. Juli“ geführte Guerillakrieg dauerte drei Jahre. Eine kleine 81-köpfige Truppe, darunter Che, landete unter Führung Castros am 2. Dezember 1956 in Kuba. In den ländlichen Gebieten wurde ein heroischer Kampf geführt, der die begeisterte Unterstützung großer Teile der Bauernschaft gewann. Das Batista-Regime wurde von einer überwiegend ländlichen Bewegung gestürzt. Wie Che nachher erklärte: „Es ist kein Geheimnis, daß die revolutionäre Bewegung in erster Linie unter den Bauern und in zweiter Linie unter der Arbeiterklasse stark war.“ Das lag ihm zufolge daran, daß große Teile der Arbeiter „privilegiert“ geworden waren. (aus: „Verantwortung der Arbeiterklasse“, Juni 1960).

Während des Krieges gewann Che Autorität und stieg unter seinen Mitkämpfern zum respektierten Führer auf. Die von ihm geführte Kampfkolonne gehörte zu den entschlossensten. Das lag unweilnehmlich an seiner Art, den Kampf zu führen. Er lehnte Privilegien für sich ab, forderte von seinen Kämpfern nichts, was er nicht auch selbst tun würde, und gab auch in scheinbar aussichtslosen Situationen den Kampf nicht auf.

Im weiteren Verlauf des Krieges organisierte Che für seine Soldaten politische Schulungen und Sitzungen, auf denen Themen mit Bezug zu sozialistischen Ideen diskutiert wurden. Castro seinerseits wollte aber weiterhin nur eine liberale Demokratie, stütze sich jedoch auf Guevara, wie er sich auf alle Kräfte stützte, die seine Position stärkten. Das Batista-Regime bröckelte immer mehr.



Rolle des US-Imperialismus

Der Sturz Batistas löste eine explosive Bewegung unter den städtischen Massen aus. Die Dynamik der Massenbewegung und die Reaktion des US-Imperialismus führten dazu, daß die Revolution viel weiter ging, als die Mehrheit ihrer Führer beabsichtigt hatte. Auch Che spielte eine wichtige Rolle dabei, indem er Castro zu weitergehenden politischen Maßnahmen drängte.

Angesichts der Flucht Batistas war der US-Imperialismus besorgt, daß der Aufruf in Kuba nach Mittel- und sogar Südamerika übergreifen würde. Die US-Herrschenden waren sich unsicher, mit was für einer Art von Regime sie es zu tun hatten. Castro, der ihnen relativ unbekannt war, wurde als Einzelgänger angesehen.

Guevara wurde als der „kommunistische“ Einfluß im neuen Regime betrachtet. Dies schien sich zu bestätigen, als Che mit der Säuberung des alten Staatsapparats begann. Offiziere, die als Batista-Unterstützer bekannt waren, wurden verhaftet und Folterter gequält. Guerillakämpfer und Teile der Miliz wurden in die Armee eingegliedert. Che hatte von seinen Beobachtungen in Guatemala gelernt.

Die USA hatten sich zuvor bemüht, Verbindung mit der Bewegung des 26. Juli aufzunehmen. Aber diese Bemühungen führten zu nichts. Angesichts der Guerilla an der Macht geriet die US-Regierung in Panik, und die Befürworter einer härteren Linie gewannen die Oberhand. Man förderte schließlich die Unterwerfung unter die US-Politik.

Kuba beschloß, Erdöl aus der Sowjetunion zu importieren. Als die US-Konzerne sich weigerten, dieses zu raffinieren, griff die kubanische Regierung zu Strafmaßnahmen, um die Weiterverarbeitung des Öls zu erzwingen. Die USA schlugen mit einem Importverbot für kubanischen Zucker zu, Kubas gesamte Zuckerproduktion zu günstigen Preisen aufzukaufen.

So schankte sich der Schlagabtausch zwischen den USA und Kuba immer mehr hoch. Bis 1960 wurde mit der Verstaatlichung aller US-amerikanischen, ausländischen und kubanischen Konzerne der Kapitalismus in Kuba ausgetilgt. Die USA verhängten ein Handelsembargo, das bis heute besteht.

Es waren der Druck der Massen, die Schwäche des kubanischen Kapitalismus und die grobe Fehlkalkulation und Arroganz des US-Imperialismus, die das Castro-Regime zum Sturz von Kapitalismus und Großgrundbesitz treiben – vor dem Hintergrund einer im Vergleich zu heute grundlegend anderen internationalen Situation, mit der mächtigen Präsenz der stalinistischen Staaten.

Während dieser Ereignisse erklärte Castro im April 1960 zum ersten Mal, daß in Kuba eine „sozialistische Revolution“ stattfindet. Seinerzeit wurde von einigen behauptet, daß die sowjetische Bürokratie als treibende Kraft hinter dieser ganzen Entwicklung gestanden habe. In Wirklichkeit jedoch wurde die sowjetische Bürokratie von den kubanischen Ereignissen völlig überrascht. Wie Giorgi Konienko sich erinnert, damals ein hoher sowjetischer Beamter in der Informationsabteilung der KPdSU, hatte sich die sowjetische Bürokratie erst nach Castros Sieg einbegeben. Noch im Januar 1959 habe Christuchow bei einem Treffen in Moskau gefragt: „Was sind das für Leute? Wer sind sie? Aber keiner wußte

die Antwort auf seine Frage ... In Wirklichkeit wußten wir nicht, wer diese Leute in Havanna waren.“

Angesichts der vollendeten Tatsache der kubanischen Revolution griff die sowjetische Bürokratie ein und verurteilte sie, um die Ereignisse zu kontrollieren und ihre eigene Einflußsphäre aus-zudehnen.



Erfolge der Revolution

Der Sturz des Kapitalismus und die Hilfe der UdSSR ermöglichten eine grundlegende Umwälzung der Lebensverhältnisse der Massen. Innerhalb von zwei Jahren wurde das Analphabetentum abgeschafft. Ein Gesundheitssystem für die ganze Bevölkerung wurde auf einem Niveau entwickelt, daß zeitweise zu den besten der Welt zählte. Die Kindersterblichkeitsrate wurde auf 10,6 pro 1000 reduziert, die Lebenserwartung erhöhte sich auf 74 Jahre. Dies sind selbst im Vergleich zu den wichtigsten imperialistischen Ländern günstige Zahlen.

Diese Errungenschaften wurden auf einem Kontinent erreicht, dessen Bevölkerung in einem Meer von Elend und Armut versank. Kuba war ein Leuchtfeuer für die Arbeiter und Jugendlichen Lateinamerikas, und das unter dem Banner des „Sozialismus“. Unvermeidlich entfachten die kubanischen Ereignisse eine Welle der Begeisterung auf dem ganzen Kontinent, die heute noch nicht verblasst ist.

In Kuba festigte das Regime seine Unterstützung unter der Bevölkerung, ein Prozeß, der durch die Blockadepolitik des US-Imperialismus noch bestärkt wurde. Nach der gescheiterten Invasion kubanischer Reaktionskräfte in der Schweinebucht sandte Che eine Botschaft an US-Präsident Kennedy: „Danke für Playa Girón. Vor der Invasion stand die Revolution noch auf unsicheren Beinen. Jetzt ist sie stärker als je zuvor.“



Che und die Bürokratie

Die bürokratischen Herrschaftsmethoden in Kuba wurden jedoch nach und nach immer stärker. Das Fehlen demokratischer Leitung und Kontrolle durch die Arbeiterklasse bedeutete, daß der Staat als Transmissionsriemen von oben nach unten funktionierte. Massenversammlungen wurden einberufen, wenn Regierungserlasse zur Abstimmung gestellt wurden, es gab nur „Ja“ oder „Nein“, ohne Gelegenheit zur Diskussion oder Änderung. Die örtlichen „Komitees für die Verteidigung der Revolution“, die für die Massenmobilisierung gegen Invasions-Versuche der USA und für die Umsetzung der staatlichen Erlasse eingerichtet wurden, befanden sich unter strikter Regierungskontrolle. Sie waren keine gewählten Leitungs- und Kontrollorgane und wurden ein zentrales Instrument zur Aufrechterhaltung einer repressiven Kontrolle über die Bevölkerung.

In der ersten Phase der Revolution spielte Che als Industrieminister eine zentrale Rolle bei der Organisation und Leitung des Wirtschaftsministeriums. Aber zunehmend wurden Berater und Planungsleute einbezogen. Unter diesen Bedingungen entwickelten sich schnell bürokratische Beschänkungen. Diese verärgerten Che, der weiterhin die Idee verfolgte, daß die kubanische Revolution in der ganzen ehemaligen kolonialen Welt revolutionäre Bewegungen entfachen sollte.

Che selbst führte weiterhin einen schlichten Lebenswandel. Er lehnte es ab, als Chef der Nationalbank ein höheres Gehalt zu beziehen und bestand auf dem Minimallohn als „Commandante“. Als er entdeckte, daß er höhere Lebensmittelzulagen als einfache Arbeiter bekam, kritzte er sie sofort. Nachdem er die UdSSR besucht hatte, war er vom Lebensstil der Bürokratie abgestoßen. Bei einem Besuch bemerkte er sarkastisch „So, das hierische Proletariat ist von französischem Porzellan, ja?“

Obwohl er von den Zuständen in der UdSSR abgestoßen war, fehlte ihm eine klare Erklärung dafür oder wie es dazu kommen konnte. Dieses mangelnde Verständnis des Stalinismus führte

dazu, daß er die Politik der „Kommunistischen“ Parteien in Lateinamerika nicht wirksam bekämpfen konnte.

Alles was er anzubieten hatte, war eine Guerilla-Kampagne. Mit der Autorität der kubanischen Revolution im Rücken zog die Guerilla-Strategie eine große Schicht von Jugendlichen und Intellektuellen an. Sie war jedoch im groben und ganzen nicht attraktiv für die Arbeiterklasse, die in Argentinien, Brasilien, Chile und sogar Bolivien heranwuchs, auch wenn viele linke Arbeiter große Sympathien für Che hegten und die von Inspiration durch die kubanische Revolution fühlten. Der Sieg der Guerilla schien Ches Ideen zu bestätigen. Doch der Versuch, das „kubanische Modell“ anderswo auf dem Kontinent anzuwenden, wo eine viel stärkere Arbeiterklasse und städtische Bevölkerung existierte, führte zur Katastrophe



Che's letztes Gefecht

Vor diesem Hintergrund wandte sich Che wieder der Ausbreitung der Revolution zu. Die Jugend um ihn herum war von diesem Geist motiviert. Er empfing Delegationen und bekam Briefe vor allem von jungen Leuten, die ihn bateten, sie auf Expeditionen nach Nicaragua und in andere Länder mitzunehmen. 1965 brach er schließlich von Kuba auf – nicht nach Lateinamerika, sondern in den Kongo, der damals ein zentrales Kampffeld war. Die Mission war schlecht vorbereitet und endete mit einem Desaster, aus dem sich die kubanischen Truppen schließlich zurückziehen mußten.

Er wollte nach Argentinien zurückkehren und den Kampf dort aufnehmen, aber es stellte sich als unmöglich heraus, wieder in das Land hinein-zukommen. So tauchte er 1967 mit einer kleinen Truppe in Bolivien auf. Die Bolivien-Kampagne stellte sich als weiteres Abenteuer heraus. Wie heldenhaft sie auch waren – seine Einheiten gewannen nicht einmal in der örtlichen Bauernschaft Unterstützung. Die Revolution kann nicht einfach von einer kleinen Gruppe von außen aufgezungen werden. Ches kleine Einheit blieb isoliert und wurde von der bolivianischen Armee gemeinsam mit dem CIA zentriert.

Trotz seiner falschen Methoden war Ches Appell für die Entwicklung der Revolution auf dem ganzen Kontinent und die Ermöglichung anderer Guerilla-Kräfte eine destabilisierende Beschämung für Moskau. Es gab in Moskau Gerüchte, daß Che nach seiner Kongo-Mission angeblich einen Nervenzusammenbruch erlitten habe. Um ihn zu diskreditieren, wurde er fälschlicherweise beschuldigt: „Trotzkist“ oder „Maoist“ zu sein. Che hatte während seiner Bolivien-Kampagne begonnen, etwas von Trotzki zu lesen.



Kapitalismus bedroht Kuba

Kuba ist heute nach dem Zusammenbruch der UdSSR von der Wiederaufrichtung des Kapitalismus bedroht. Die Revolution hat immer noch große Unterstützung in der Bevölkerung, aber ihre geplante Wirtschaft kann letztlich isoliert nicht überleben. Das Castro-Regime ist gezwungen, Maßnahmen zur Öffnung der Wirtschaft für ausländische Investitionen und Privateigentum zu ergreifen. Beim Ausbleiben sozialistischer Entwicklungen in ganz Lateinamerika und weltweit ist dieser Prozeß unvermeidlich.

Aber in Lateinamerika tragen junge Leute 1997 wieder die T-Shirts mit Ches Portrait. Er symbolisiert den Willen zum Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung und darin begriffen die Idee des Sozialismus. Revolutionäre bewundern seinen Heldennut seine Ehrlichkeit und Opferbereitschaft, denn das sind die Qualitäten, die für den Sieg der sozialistischen Revolution gebraucht werden. Sie reichen jedoch allein nicht aus. Gleichzeitig müssen die Schlussfolgerungen aus Ches falschen Methoden gezogen werden, wenn der internationale Sozialismus, den er anstrebte, erkämpft werden soll.

Übersetzung von Alexandra Grundmann und Ulf Petersen, Köln



Auch in Westeuropa entwickelte sich eine Solidaritätsbewegung mit den Kämpfen gegen den Imperialismus. Am 18. Februar 1968 demonstrierten in Berlin 10.000 mit den Bildern von Lenin, Che und Ho-Chi-Minh gegen die US-Intervention in Vietnam.

Mafia-Kapitalismus in der Ex-Sowjetunion



Oleg Igorevitch Vernick, Präsident des Sozialistischen Jugendkongresses in der Ukraine (Jugendorganisation der Sozialistischen Partei) und Organisationssekretär der marxistischen Gruppe „Arbeiterwiderstand“

Statt Aufschwung und steigenden Lebensstandard zu bringen, hat die Wiederherstellung des Kapitalismus die Staaten der ehemaligen Sowjetunion um Jahrzehnte zurückgeworfen. Niedergang der Wirtschaft, Verarmung

der Masse der Bevölkerung, sinkende Lebenserwartung. Was blüht, sind Korruption, Mafia und die neue reiche Oberschicht, die sich aus den alten Staatsbürokraten und Emporkömmlingen gebildet hat.

SAV-Bundesvorstandsmitglied Sascha Stanlic besucht kürzlich auf einer Vortragsreise Rußland und die Ukraine und führte Gespräche mit Vertretern von verschiedenen linken Organisationen.

„Immer mehr Arbeiter sind gegen Privatisierung“

15 Milliarden Dollar Lohnrückstände in Rußland

Rob Jones, Moskau Mitglied des „Linken Vorhut“, GUS-Sektion des Komitees für eine Arbeiterinternationale

nutzen diese Diskussion gerade von den wirklichen Problemen abzulenken, diese aber bleiben bestehen.

Was sind die wirklichen Probleme?

Seit 1989 ist die Wirtschaftsleistung des Landes um fünfzig Prozent zurückgegangen. Im Moment stehen 15 Milliarden Dollar Lohnauszahlungen aus. Für viele Arbeiter sind das vier oder mehr Monate Lohnrückstand. Die Privatisierungsmaßnahmen haben über 70 Prozent der Wirtschaft erfasst und zu einer ungeheuren Konzentration von Reichtum und Macht in Privathand geführt. Nach Angaben von führenden Bankiers kontrollieren sieben Banken ca. fünfzig Prozent der Wirtschaft. Ausländische Investitionen sind lächerlich gering. Es gibt keine Aussicht, daß sich die katastrophale soziale und wirtschaftliche Lage ändern wird. Der Mafia-Kapitalismus wird das Land weiter zugrunde richten.

Wie ist die Stimmung in der Bevölkerung?

Die Unterstützung für Jelzins schwandet dahin. Immer mehr Arbeiter sprechen sich mittlerweile gegen Privatisierungen aus. Aber es gibt vor allem Verbitterung gegenüber der Regierung wegen der leeren Versprechungen und auch gegenüber dem Westen, der maximal zwanzig Prozent der Investitionen getätigt hat, die er versprochen hatte. Es gibt auch immer wieder Proteste, so haben in diesem Jahr fünf Millionen an einem Protesttag der Gewer-

„Fünf Premiers in fünf Jahren“

In der Ukraine regiert der IWF mit

Wie schätzt Du die Lage in der Ukraine ein?

Letztes Jahr sollte die Wirtschaftlich stabilisiert werden, aber sie ist um weitere zehn Prozent geschrumpft. Premierminister Lasarenko mußte seinen Hut nehmen, weil er den Anforderungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) nicht gerecht wurde. In fünf Jahren war er der fünfte Premier. Keiner war in der Lage, irgendwelche Probleme zu lösen. In Kiew titelte eine Zeitung kürzlich: „Gesucht: Premierminister. Muß bereit sein, politisches Selbstmordkommando“ Aber es ist egal, wer das Amt übernimmt – letztlich wird der IWF ihn absagen müssen. Außerdem sind alle korrupt und wirtschaften vor allem in die eigene Tasche.

Wie sieht die Politik der Sozialistischen Partei aus?

Es hat eine ziemlich rechte Entwicklung in der Partei gegeben. Während der Parteislogan vor einiger Zeit noch „Arbeit, soziale Gerechtigkeit, Volks-

„Kollegen wollten sich beim Streik bewaffnen“

In Kasachstan sind ganze Städte von öffentlicher Versorgung abgeschnitten

Aynur Kumanow, Metallarbeiter in Uralsk, Kasachstan, und Mitglied im Vorstand der kommunistischen Jugend.

Was bedeutet die Einführung kapitalistischer Verhältnisse in Kasachstan?

Die Einführung des Kapitalismus hat zur Zerstörung ganzer Industrien und zum Zusammenbruch der Landwirtschaft geführt. Hunderttausende Arbeiter sind arbeitslos geworden. Wer noch Arbeit hat, muß oftmals bis zu einem Jahr auf die Auszahlung der Löhne warten. Die sozialen Einrichtungen werden angegriffen. Renten sind drastisch gesenkt worden. Die Versorgung mit Gas, Wasser, Elektrizität wird schlechter. Ich selber habe zum Beispiel durchschneiden nur zehn Stunden am Tag Strom in meiner Wohnung. Die Warmwasserversorgung gehört in den meisten Fällen der Vergangenheit an. Es gibt ganze Städte, die von der Gas-, Strom- und Telefonversorgung abgeschnitten sind. Die Privatisierungsmaßnahmen werden brutal durchgezogen. Die noch einigermaßen gesunden Industrien werden von multinationalen Konzernen wie British Gas, Chevron oder Lurthausa übernommen.

Gibt es Widerstand gegen diese Verhältnisse?

Es hat in diesem Jahr eine Reihe Streiks und militanter Arbeiterproteste gegeben. Ich arbeite in einer Waffenfabrik, wo wir kurz gestreikt und die Abteilungen besetzt haben. Einige Kollegen haben vorgeschlagen, die Lager zu plündern und sich zu bewaffnen. Sie haben gesagt: „Es ist besser zu sterben als ein Leben zu führen, in dem man seine Kinder nicht ernähren kann.“ In Kertai haben Metallarbeiter das Rathaus besetzt. Dort wurde die Militär gegen die Streikenden eingesetzt.

Wie machst du die Sozialistische Jugend und die Gruppe „Arbeiterwiderstand“?

Wir versuchen, Studenten und junge Arbeiter zu organisieren und fordern sie auf, für ihre Rechte zu kämpfen. Zum Beispiel für die Auszahlung der ausstehenden Löhne, die im Durchschnitt vier Monate im Rückstand sind, oder gegen die Privatisierung des Bildungswesens. Wir treten für den Aufbau unabhängiger Gewerkschaften ein. Außerdem fordern wir die Überführung der privatisierten Betriebe in öffentliches Eigentum und treten für die demokratische Kontrolle der Belegschaften über ihre Betriebe ein.

Wie siehst Du die Bestrebungen, die Republiken der ehemaligen Sowjetunion wieder zu vereinen?

Die Ukraine wird zwischen Ost und West zerrissen. Während die politischen Eliten des Landes für eine Integration in den Westen sind, ist Rußland nicht bereit, die Ukraine aufzunehmen. In der Frage der Wiedervereinigung mit Rußland ist das Land gespalten. Die Bevölkerung im Osten ist stark dafür, die im Westen dagegen. Die kommunistische Partei und die Sozialistische Partei sind die facto dafür und begründen auch die Einigung zwischen Weißrußland und Rußland. Auch wenn es ökonomischen Sinn macht, zusammen zu gehen, gibt es unter den bestehenden Umständen zu viele negative Seiten. Vor allem würde es die nationale Spaltung vertiefen.

Hat die Marktwirtschaft Demokratie nach Kasachstan gebracht?

Das Gegenteil ist der Fall. Und das macht die Organisierung von Widerstand so schwer. Die facto sind seit zwei Jahren keine Demonstrationen mehr genehmigt worden. Nach Protesten im letzten Jahr wurden die kommunistische Partei, die Organisation „Arbeiterbewegung“ und die Gewerkschaft „Solidarität“ für einige Monate verboten. Ende Mai wurde der Vorsitzende der „Arbeiterbewegung“, Yuri Vinkov, verhaftet, weil er an einer Protestveranstaltung in Alma Ata teilgenommen hat.

Du selber bist häufiger Opfer staatlicher Repression geworden. Was ist passiert?

1994 wurde ich von Schlägern verprügelt, die anschließend in eine Polizeirache gegen mich sind. Nach Protesten und Streiks in meiner Fabrik wurde ich zusammen mit einem anderen Jungkommunisten am 27. Mai verhaftet und sieben Tage festgehalten. Die Vorwürfe waren regierungsfeindliche Wanderschmierereien, Beleidigung des Präsidenten und Aufruf zum Sturz der Regierung. Aus Protest gegen unsere Verhaftungen kam es zu Aktionen der Kolleginnen und Kollegen unserer Fabrik zu Jugenddemonstrationen und Spenderaktionen unter anderem in anderen Städten. Als dann Protestschreiben aus anderen Städten und vom Komitee für eine Arbeiterinternationale aus Schweden, Rußland, Dänemark und Großbritannien eintrafen, wurden wir freigelassen.

Was sind die Forderungen der Jungkommunisten?

Wir stehen auf dem linken Flügel der kommunistischen Partei. Die KP akzeptiert grundsätzlich Privatisierungsmaßnahmen und wendet sich höchstens gegen Privatisierungen an ausländische Unternehmen. Wir fordern die Wiederverstaatlichung der privatisierten Betriebe und die demokratische Kontrolle über diese durch Arbeiterkomitees.



Eine Gruppe von Mitgliedern von Jugend gegen Rassismus in Europa aus den GUS-Staaten.

Währungskrise in Südostasien

Dem Tiger fallen die Krallen aus

Schwere Währungsturbulenzen erschüttern den südostasiatischen Raum: ein Land nach dem anderen mußte die Dollarbindung seiner Währung aufgeben und wurde massiv abgewertet. Japan und der Internationale Währungsfonds (IWF) haben ein Rettungspaket geschnürt. Experten befürchten eine Finanzkrise wie in Mexiko 1994.

Angela Banker, Köln

Jahrelang wurde die Boomregion Südostasien mit den Tigern als Musterbeispiel für funktionierenden Kapitalismus dargestellt: niedrige Löhne, disziplinierte ArbeitnehmerInnen, exorbitante Wachstumsraten. Damit scheint es vorläufig vorbei zu sein. In Thailand waren dieses Jahr die Exporte zum ersten Mal seit 30 Jahren rückläufig. Firmen gingen bankrott, ausländische Investoren wanderten in die noch billigeren Länder China oder Vietnam ab, die Arbeitslosigkeit stieg, die Steuereinnahmen gingen zurück.

Verschärfte wurde die Krise durch eine Spekulationsblase im Immobiliensektor, ähnlich wie in Japan Anfang der 90er Jahre. Thailandische Finanzinstitute vergaben großzügig Kredite an diesen Sektor, mit inflationär

überbewerteten Immobilien als Sicherheit. Obwohl die Zentralbank den Institutionen bereits mit über 10 Milliarden Dollar unter die Arme griff, werden nach Schätzungen immer noch 15 Milliarden Dollar solcher Kredite als „faul“ eingestuft. Folge: Die Währung geriet unter Druck und wurde seit Anfang Juli um 25 Prozent gegenüber dem Dollar abgewertet, was eine massive Kapitalflucht und einen Kurssturz an der Bangkokener Börse auslöste.

Thailand hat Auslandsschulden von 90 Milliarden Dollar, zwei Drittel davon sind Kredite privater Unternehmen. 40 Milliarden Tilgung sind bis Ende des Jahres fällig, die Zentralbank hatte jedoch nur noch Reserven von 33 Milliarden. Die Regierung mußte die Zahlungsmfähigkeit eingesetzen, die Hälfte der thailändischen Banken wurde vorläufig geschlossen.

Im August wurde unter Führung des IWF ein Hilfspaket von 16 Milliarden Dollar (30 Milliarden DM) geschickt, zu dem Japan mit 4 Milliarden den größten Anteil beisteuerte.

In den Sog der Krise gerieten auch andere südostasiatische Staaten mit ähnlichen Problemen. So mußten schon im Juni die Philippinen ihre Bindung an den Dollar aufgeben und wurden abgewertet. Im Juli etziel-

ten die Philippinen ein IWF-Paket in Höhe von 1 Milliarde Dollar. Ebenso mußte Mitte August Indonesien den Kurs der Landeswährung freigeben, die daraufhin auf Rekordtiefs gegenüber dem Dollar stürzte.

Die Auflagen des IWF und die Rezepte zur „Problemlösung“ sind nicht besser als die Probleme selbst. Der IWF verlangt von Thailand die Privatisierung oder Schließung von Staatsfirmen, drastische Haushaltsersparungen, Erhöhung der Mehrwertsteuer. Das wird zu weiteren Firmenzusammenbrüchen und nach Schätzung zu 100.000 zusätzlichen Arbeitslosen bis Jahresende führen.

Regierungen und Zentralbanken beschuldigen internationale Spekulanten wie den US-Milliardär George Soros, die Krise herbeigeführt zu haben. Zwar verschärft die Spekulationsdynamik eine Finanzkrise erheblich, doch die zugrundeliegenden Probleme sind die krisenhaften Prozesse der kapitalistischen Weltwirtschaft. Die unter Vernachlässigung des Binnenmarkts auf Export ausgerichteten Ökonomen, bei oft gleichartigen Produkten, angekurbelt durch massive Kredite und ausländische Investitionen, sind an die Grenzen des Weltmarkts gestoßen.

Indien: Busfahrer im Streik

Seit Jahren gibt es im indischen Bundesstaat Karnataka Auseinandersetzungen um die Privatisierung der Buslinien. 1995 traten die 70.000 Busfahrer der staatlichen Gesellschaft Karnataka State Road Transport Corporation (KSRTC) in einen Streik. Sie wurden damals durch das Beispielspiel der Busfahrer in Esbjerg/Dänemark ermutigt und erreichten nach 3 Tagen, dass die Privatisierung vorerst gestoppt wurde. Seither werden die Busfahrer und ihre Gewerkschaft terroristisch und kriminalisiert. Gegen mindestens 500 Fahrer und Gewerkschaftsaktivisten wurden unter Vorwänden Anzeigen erstattet. Mit dem Ziel die gewerkschaftliche Kampfkraft zu zerschlagen, werden aktive Gewerkschafter willkürlich verurteilt. Vor kurzem ist der staatliche Terror völlig eskalieren. Einen Tag vor einer geplanten Gewerkschaftskundgebung wurden die Führer der Busfahrergewerkschaft verhaftet. Daraufhin traten die Busfahrer in ganz

Karnataka in einen unbefristeten Streik.

Das Komitee für eine Arbeiterrationalisation, in dem die SAV mit anderen sozialistischen Parteien verschiedener Länder zusammengeschlossen ist, hatte 1995 Verbindungen zwischen den streikenden Busfahrern in Dänemark und Indien hergestellt. Jetzt appellieren wir an alle KollegInnen und Kollegen, die kämpfenden Busfahrer in Indien zu unterstützen.

Schreibt Protestbriefe an das Management der staatlichen Busgesellschaft: Karnataka State Road Transport Corporation (KSRTC), Kh.H. Road, Bangalore, 560 027 India. Schickt Solidaritätserklärungen an: KSRTC Staff and Workers Federation, 25 Sampalga Road, Walleshwaram, Bangalore, 560 003 India. Fax 0091-806616511. Wir wären Euch dankbar, wenn Ihr Kopien Eurer Erklärungen an das SAV-Büro schicken würdet. Fax (0221) 137280.

US-Unterhändler Holbrooke erneut auf Vermittlungsmission, wo es nichts zu vermitteln gibt“ (SPIEGEL 33/97). Die kroatisch-moslemische Föderation existiert de facto nicht, dafür aber ein handfester kroatischer Staat Herzeg-Bosna – der eigentlich ab August 96 aufgelöst werden sollte – mit eigenen Ministerien, Polizei, Armee.

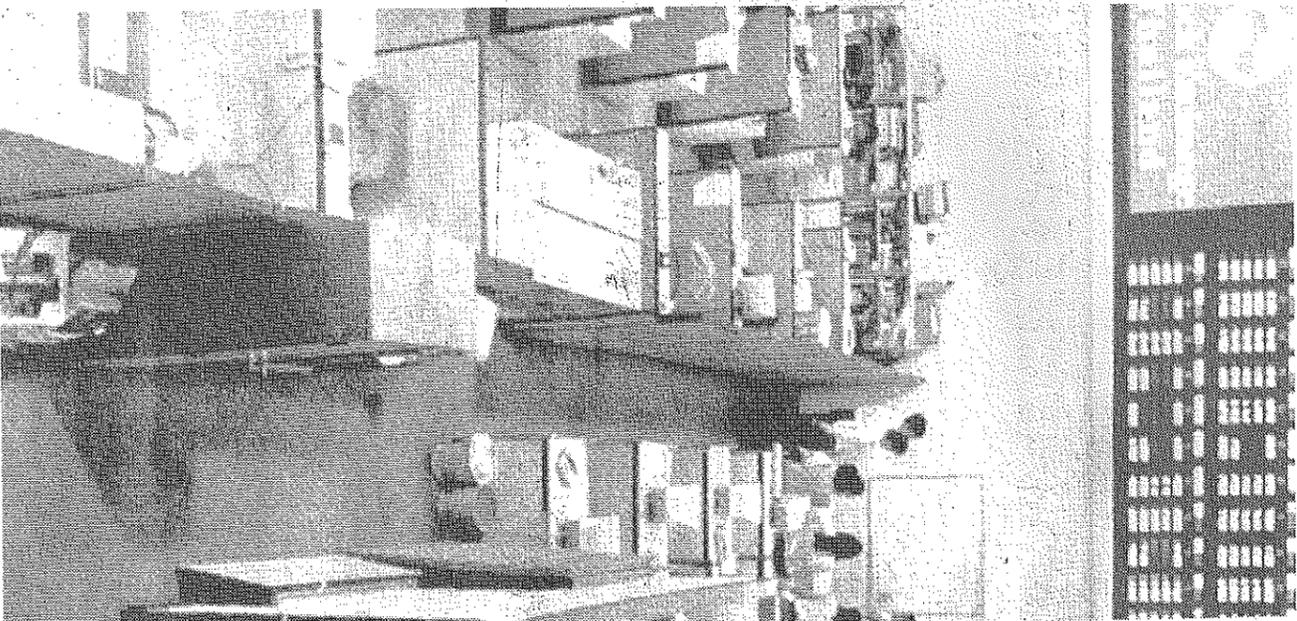
Bosnien: Dayton war Teilungsabkommen

Vor zwei Jahren griffen USA und NATO direkt militärisch in den Bosnien-Konflikt ein, bombardierten serbische Stellungen und erzwangen das Friedensabkommen von Dayton. Gefeielt wurden die NATO-Einsätze, die moslemisch-kroatische Allianz gegen die Serben, die Diplomatie der USA und der Erhalt Bosniens als multi-ethnischer Einheitsstaat.

Zwei Jahre später machte sich

treibungen der jeweils anderen sind an der Tagesordnung. Kroaten will seine Republik Herzeg-Bosna angleichern, Serbien die serbische Republik Srpska. Auch die bosnischen Moslems, die militärisch heute besser ausgestattet sind als vor 5 Jahren, sinnen nach Ausdehnung Richtung Norden und wollen die serbische Großstadt Banja Luka an sich reißen.

„Den politischen Kasten Kroatiens, Serbiens und Bosniens gilt der herrschende Friede nur



Die thailändische Währung Baht wurde seit Anfang Juli um 25 Prozent gegenüber dem Dollar abgewertet, was eine massive Kapitalflucht und einen Kurssturz an der Bangkokener Börse auslöste.

Solidarität mit José Rainha

José Rainha Junior, ein Führer der MST (Bewegung der Landlosen) in Brasilien ist zu 26 Jahren Haft verurteilt worden. Das ist ein politisches Urteil und ein Angriff auf die Bewegung der Landlosen, die in den letzten Monaten massiv an Unterstützung gewonnen hat.

José Rainha wird vorgeworfen, Anführer einer Gruppe von Bauern gewesen zu sein, die sich 1989 im Bundesstaat Espírito Santo ein Feuergefecht mit der Polizei geliefert hatte. Bei diesem Kampf waren der Großgrundbesitzer

und ein Polizist getötet worden, mehrere Bauern wurden schwer verletzt. Die Bauern hatten brachliegendes Land besetzt, daraufhin war der Fendehar mit der Polizei erschienen, diese hatte das Feuer eröffnet.

Doch mehrere Zeugen, darunter ein hoher Militäroffizier und zwei Politiker – einer von der Regierungspartei – haben ausgesagt, daß sich José Rainha an den fraglichen Tagen in Fortaleza, einer Stadt in einem anderen Bundesstaat aufgehalten hat. Oberst Leandro legte sogar Fotos vor, die Rainha an diesem Tag zeigten.

Es erschien kein Zeuge der Anklage. Die Geschworenen waren sämtlich Landbesitzer oder Leute, die mit diesen in Verbindung stehen.

Dieses rein politische Urteil ist ein Versuch, die MST zu schlagen. In den letzten Monaten gelang es den Landlosen, Zehntausende zu Demonstrationen zu mobilisieren, die Mehrheit der Bevölkerung unterstützt ihre Aktionen wie die Besetzung von Ländereien.

Am 16. September findet das Berufungsverfahren statt. Wir fordern alle LeserInnen auf, Proteste und Solidaritätsadressen zu schicken.

Proteste an:
Judge of Pedro Canario, Juez de Pedro Canario, Predio do Forum, CEP 29970-000 Pedro Canario, ES, Brazil, Fax 0055-55277641478.

Kopien an: Sede Nacional del MST, Rua Ministro Godoy 1484, Perdices, Sao Paulo, CEP 5015-900 SP, Brazil, Fax 0055-118714612.

als Verschnaufpause zwischen den Waffenengängen“ berichtet der SPIEGEL, und weiter: „Überall herrscht Apartheid“, „Hunderttausende Vertriebene wissen nicht, wohin sie heimkehren sollen.“ Hinter den Kulissen werde bereits an Dayton II gebastelt, diesmal „nicht mit Bosnien als Einheitsstaat, sondern als zwei Ländern das Dayton-Friedensabkommen bejähelt

AN (November 1995): Der US-Friedensplan „bedeutet eine Zementierung und Legitimierung von vier Jahren Vertreibung“ und „ist in jedem Fall eine vorübergehende Erscheinung“. „Das Abkommen wird über kurz oder lang die Teilung Bosniens bedeuten. Die bosnischen Moslems werden „in einem kleinen kroatischen Protektorat enden“ oder zwischen einem Großserbien und Großkroatien „ein winziges, nicht lebensfähiges Territorium ab bekommen“.

Standort Portugal

In der nordportugiesischen Stadt Braga hat der deutsche Grundig-Konzern eine Tochtergesellschaft angemeldet und von 1989 bis 1993 dafür 5,7 Millionen Mark staatlicher Subventionen für die Schaffung von Arbeitsplätzen kasstiert. Jetzt wurde ein Teil der Firma, der Telefone herstellt, ausgegliedert und an die auf denselben Firmengelände liegende „Grundig Components“ veräußert, die an einen Grundig-Manager „verkauft“ und umbenannt wurde. Die „neue“ Firma beantragte erneut staatliche Zuschüsse, für die Schaffung „neuer“ Arbeitsplätze und einer „neuen“ Produktion. „Neu“ sind auch die Löhne. 108 Arbeiter wurden von GIP wegen „Einstellung der Produktion“ entlassen bekommen von der Nachbarfirma neue Arbeitsverträge angeboten, befristet auf ein Jahr und für 880 Mark Monatslohn – bei GIP waren es vorher 1030-Mark gewesen.

740 Millionen Tagesverdienst

Durch die Fusion der Schweizer Bank Credit Suisse-Gruppe mit der Versicherung Winterthur in Zürich ist einer der weltgrößten Finanzkonzerne entstanden, mit einem Bruttoverdienst von 50 Milliarden Franken. Nach Bekanntgabe der Fusion stieg der Börsenkurs an, und der Großaktionär der Winterthur, Martin Ebner, verlor an dem Coup 400 Millionen Dollar (rund 740 Millionen Mark) an einem Tag (laut „Wall Street Journal Europe“).

Generalstreiks

Mitte August riefen die oppositionellen Gewerkschaften Argentiniens zu einem Generalstreik gegen Arbeitslosigkeit und neoliberale Wirtschaftspolitik auf, der das Land zu großen Teilen lahmlegte. Trotz glanzvoller Wirtschaftsstatistiken profitiert nur eine reiche Oberschicht: Das Durchschnittseinkommen beträgt 400 Dollar monatlich. Ein Kindergärtner verdient 200 Dollar bei Preisen wie in Berlin. 35,9 Prozent der arbeitfähigen Argentinier arbeiten in mehreren Jobs, 37 Millionen sind arbeitslos.

Immer mehr „Naturkatastrophen“

In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Zahl der großen Naturkatastrophen im Vergleich zu den 60er Jahren vervierfacht. Nach Angaben der weltweit größten Rückversicherung „Münchener Rück“, bei der sich Direktanbieter international versichern, um selbst vor großen Ansprüchen geschützt zu sein, belief sich die Zahl der großen Katastrophen auf 64 Fälle. Der volkswirtschaftliche Schaden stieg um das Achtfache auf 404 Milliarden Dollar zwischen 1987 und 1996. Während die Zahl und Schwere von Erdbeben seit den 60ern konstant blieb, nahmen vor allem Hagel- und Sturmschäden sowie Überschwemmungen(!) zu. „Wir glauben“, so Direktionsmitglied Stadlberger, „daß das weitgehend auf die Klimawärmung zurückzuführen werden kann.“

Was will die SAV?

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland steigt, der Sozialabbau geht weiter, die Reichen werden reicher, die Armen ärmer. Fast jeder/ macht sich Sorgen um die Zukunft. Kein Zufall, denn mit der Marktwirtschaft geht es abwärts.

Um die Profite zu sichern wollen Unternehmen und Regierung zurück zu Verhältnissen wie vor hundert Jahren. Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften, die ganze Stärke der Arbeiterklasse zu nutzen um die Angriffe zurückzuschlagen. Doch die führenden Gewerkschaftsfunktionäre schrecken vor konsequenter Gegenwehr zurück. Wenn Streik oder Generalstreik nötig ist, ziehen sie Verhandlungen vor und schließen faule Kompromisse.

Weder die Gewerkschaftsführung noch die etablierten Parteien sind bereit sich mit den Banken, Konzernen und den Superreichen anzulegen und das Geld zu holen, wo es ist. Die SPD ist kaum noch von der CDU zu unterscheiden. Bündnis 90/Die Grünen werden immer mehr zur Öko-FDP. Die PDS vertritt zwar zum Teil fortschrittliche Ideen. Die PDS-Führung setzt aber auf Anpassung statt auf Kampf.

Von einer Alternative zum bestehenden Gesellschaftssystem ist entweder gar nicht die Rede oder nur von einer "Utopie". Deshalb wurde 1994 die **SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE (SAV)** von Gewerkschaften, linken SPD und PDS-Mitgliedern um die sozialistische Zeitung **VORAN** gegründet. Wir sind demokratisch aufgebaut. Wir haben keine abgehobenen Berufspolitiker, die ein Vielfaches eines normalen Durchschnittslohnes verdienen.

Gegenwehr

Wir sehen nicht tatenlos zu, wie Kohl und Kapital uns unsere Zukunft verbauen. Wir organisieren Gegenwehr, gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltschädigung, gegen die Diskriminierung von Frauen, gegen Rassismus und Neonazis. Wir sind aktiv in Gewerkschaften, Betrieben, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen. Die SAV tritt für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir beteiligen uns an Zusammenhängen kritischer und kämpferischer KollegInnen an der Basis.

Wofür wir kämpfen

- ★ Öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Umweltschutz, Bus und Bahn, Wohnen, Kindergärten, Bildung und Ausbildung, Gesundheitswesen, Altenpflege.
- ★ Finanzierung mit den Milliardengewinnen der Banken und Konzerne und den Geldern die sich in den Taschen der Superreichen befinden.
- ★ Verteilung der Arbeit auf Alle 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Qualifizierte Ausbildung für jede/n und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
- ★ Mindestsicherung (Mindestlohn, Mindestrente von 2000 DM netto)
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West
- ★ Rücknahme aller Sozialabbau- und Kürzungsmaßnahmen der Kohl-Regierung
- ★ Nein zu Privatisierungen
- ★ Für ein öffentliches, klassenloses Gesundheitswesen
- Frauen**
- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- ★ Weg mit dem Paragraf 218
- ★ Kostenlose Kinderbetreuung ab dem 1. bis zum 13. Lebensjahr
- Umweltschutz**
- ★ Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Stopp von umweltzerstörender Produktion, Ersatzarbeitsplätze für die Beschäftigten
- ★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs
- Bezahlbare Wohnungen**
- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen pro Jahr
- ★ Verbot von Maklertätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung

Solidarität

Weil die kleine Minderheit aus Unternehmen und Regierung ihre Interessen gegen die große Mehrheit der Bevölkerung durchsetzen will, versucht sie uns zu spalten. Wir müssen uns gemeinsam wehren: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer, jung und alt. Die Marktwirtschaft regiert auf der ganzen Welt. Der Kampf dagegen kann nur erfolgreich sein, wenn wir ihn weltweit führen. Deshalb hat sich die SAV mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im "Komitee für eine ArbeiterInnen-nationale", zusammengeschlossen. Heute treffen Großkonzerne und Banken ihre Entscheidungen nach ihren Profitinteressen - die große Mehrheit hat sich dem zu fügen. Eine Minderheit besitzt die Fabriken, Banken, Immobilien und verfügt über den gesamten Reichtum. Weltweit besitzen 358 Milliardäre fast soviel wie 50 Prozent der Weltbevölkerung an Einkommen haben. Hunger, Elend und Kriege finden täglich neue Opfer. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. Armut und Arbeitslosigkeit sind international. All das hat System und das System heißt Kapitalismus.

Sozialismus

Dabei würde bei planmäßigem und sinnvollem Einsatz von Menschen, Maschinen und Wissenschaft die vorhandene Wirtschaftskraft ausreichen, um allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Die SAV will das Übel an der Wurzel packen und den Kapitalismus abschaffen. Es gibt eine Alternative zu dem heutigen System. Unser Ziel ist Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Sozialismus braucht Demokratie, wie der Körper Sauerstoff. Das System in Osteuropa war kein Sozialismus. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher im Osten noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Wir brauchen stattdessen eine demokratische Planung der Wirtschaft. Die großen Konzerne, Banken und Versicherungen müssen enteignet, damit die Arbeitskraft aller Menschen, die Wissenschaft und Technik zum Nutzen der gesamten Gesellschaft eingesetzt werden können.

Gegen staatlichen Rassismus

- ★ Weg mit den Ausländergesetzen
- ★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- ★ Keine Abschiebungen

Keinen Fußbreit den Nazis

- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten
- Abrüstung jetzt**
- ★ Gegen Auslandsentsätze der Bundeswehr
- ★ Stop von Rüstungsexporten
- ★ Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion

Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

- ★ Nein zu Lohnverzicht, nein zu Bündnissen und runden Tischen mit Unternehmen und Regierung
- ★ Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn
- Nein zum Europa des Kapitals**
- ★ Gemeinsamer internationaler Kampf gegen Sozialabbau
- ★ Nein zum "Euro", nein zu Maastricht

Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Überführung der Banken, Konzerne, Versicherungen in Gemeineigentum.
- ★ Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- ★ Keine überbezahlten und korrupten Manager und Bürokraten in Wirtschaft und Verwaltung. Demokratische Wahl aller Personen in Leitungsfunktionen.
- ★ Statt Produktion für den Profit - Produktion für die Bedürfnisse der Menschen

Warum ich bei der SAV mitmache



Werde Mitglied der SAV!

- Ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit.
- Ich möchte Mitglied der SAV werden.

Wir melden uns bei Dir und geben Deine Adresse an die nächstgelegene Ortsgruppe der SAV weiter.

Name, Adresse, Telefon

Abgeben am SAV-Stand, Deinem VORAN-Verkäufer oder schicken an: Sozialistische Alternative, Hansaring 4, 50670 Köln
Infofon 02 21 / 13 45 04 Fax 02 21 / 13 72 80

Spendenfonds

Ob Kampagnen gegen kommunale Kürzungen, Kampf gegen Nazis, Solidaritätsarbeit bei Streiks oder auch die Herausgabe dieser Zeitung - politische Arbeit kostet Geld. Flugblätter, Plakate, Telefon, Kopierer, Mieta... Zur Finanzierung bitten wir die Leute um Spenden, die selber nicht gerade im Geld schwimmen: Menschen mit und ohne Arbeit, Sozialhilfempfänger, Jugendliche und Rentner. Und wir bitten, von einem Einkommen etwas abzugeben, das immer knapper wird. Leider gibt es dazu gar keine Alternative. Den Kampf gegen Sozialabbau werden nicht diejenigen finanzieren, die den Sozialabbau betreiben. Geld für Gegenwehr gegen Kohl und Kapital können wir nicht aus dem Untertanentlager erwarten. In welchem Umfang wir Gegenwehr organisieren können, in welchem Ausmaß wir Argumente bzw. für eine sozialistische Alternative verbreiten können, hängt nicht zuletzt von dem Geld ab, das uns zur Verfügung steht.

Deshalb: Deine Spende für die SAV - die beste Investition die es im Kapitalismus gibt! (Als einmaliger Betrag, als Förderabo, oder monatlich per Dauerauftrag oder Einzugsermächtigung.)

Spenden an: VORAN, Postbank Essen, Kto-Nr.: 2500 59-430, BLZ: 360 100 43

Sozialistische Alternative - Ortsgruppen

- Berlin**
OG Treptow: Montags 19 Uhr, Kinderladen Fun-Fun, Detregger Str. 2, S-Bahn Treptower Park
OG Prenzlberg: Montags 19 Uhr, "Kiez-Club", Jablonskistr. 27a, S-Bahn Prenzlauer Allee
OG Wedding: Mittwoch 19 Uhr, Linkeruf Wedding, Weddingstr. 6, U-Bahn Nauener Platz
Infos unter Tel. (030) 4408429 im SAV-Büro
- Stuttgart**
OG Mitte: Mittwochs, 19 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hohe Str. 9
OG Süd-West: Mittwochs 19.30 Uhr, Jugendhaus Heslach (Böblingen Str. 92)
Infos unter Tel.: (0711) 2238823 im SAV-Büro
- Aachen**
OG Ost: Montags, 19.30 Uhr, SEDAN-Eck, Adalbertsteinweg 233
OG Nord: Mittwochs, 19 Uhr, SEDAN-Eck, Adalbertsteinweg 233
OG West: Mittwochs, 19 Uhr, Cafe WABE, Dritte-Welt-Haus, An der Schanz 1
Infos unter Tel.: (0241) 50 8685 im SAV-Büro
- Frankfurt/Main**
Donnerstags, 19 Uhr, Jugendhaus Heideplatz, Schleiermacherstr. 7
Infos unter Tel. (069) 453275 im SAV-Büro
- Bremerhaven**
Montags, 19 Uhr, SAV-Büro, Hafenstr. 64
Infos unter Tel.: (0471) 41 75 48 im SAV-Büro
- Bremen**
Donnerstags, 19 Uhr, Kulturzentrum Wehnschloß, Haseler Ost-erdicht 230.
Infos unter Tel.: (0221) 13 45 04
- Freiburg**
Ort und Termine bitte bei der
- Kassel**
OG West: Freitags, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlachthof, Mornbacherstr. 12
- Rostock**
Donnerstags, 19 Uhr, SAV-Büro, Augustenstraße 112a
Infos unter Tel. (0381) 499 65 90 im SAV-Büro
- Siegen**
Mittwochs, 19 Uhr, Nordafrikanischer Club, An der Unterführung, (neben der "Motte", hinter dem Bahnhof)
Infos unter Tel. (0271) 51291
- Köln**
Donnerstags, 19.30 Uhr, Naturfreundehaus Kalk, Kapellenstr. 9a, U-Bahn Kalk Kapelle
Infos unter Tel. (0221) 13.45.04

Jetzt bestellen!

Der Niedergang des Kapitalismus und der Aufbau einer neuen Arbeiterpartei

Die Broschüre über die Weltwirtschaft, den Euro und die Aussichten der Arbeiterbewegung 100 5, 8 DM

Bundeskongress der SAV 1997

SAV Sozialistische Alternative

EDM

VORAN

Impressum

Überregionale marxistische Monatszeitschrift - erscheint seit 1973
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortliche RedakteurIn: Aygün Bayraktar
Erscheinungsweise: Monatlich
Druck: Care Druck GmbH, Frankfurt a.M.
Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln
Telefon: 02 21 / 13 45 04 oder 13 45 04, Fax: 02 21 / 13 72 80
e-mail: SAV.VB@INDBAOL.COM
Bankverbindung: Postbank Essen (BZ: 360 100 43) Konto: 2500 59-430

ABONNIERT VORAN!

- zehn Ausgaben zu 25,- DM
 - zusätzlich Exemplare zum Weiterverkauf (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
 - Förderabo, 10 Ausgaben zu DM (ab 50,-)
- Name, Adresse, Telefon

- Sonstige**
Kontakt zu folgenden Städten über die SAV-Bundeszentrale, Tel.: (0221) 134504:
Darmstadt, Dresden, Düsseldorf, Hamburg, Karlsruhe, Lünebeck, München, Offenbach/Main, Gießen



Mut in Widerstand Verwandeln!

Themen:

- ★ Gefahr von rechts – den Faschisten keine Ruhe
- ★ Ist die Umwelt noch zu retten?
- ★ Russische Revolution vor 80 Jahren
- ★ Che Guevara – der Mythos lebt weiter
- ★ Sozialismus - Alternative oder Utopie?
- ★ Es reicht – Frauen wehren sich
- ★ Gewerkschaftliche Strategie gegen Stellenabbau und Lohndrücke
- ★ Nein zum EUROpa der Banken und Konzerne

SAW Sozialismus- Wochenenden

mit Film, Tanz & Kultur
★ Essen & Trinken
★ Party & Musik
★ Ausstellung & Büchertisch
★ Kinderbetreuung

Termine/Orte:

Aachen: 24./25. Oktober im Dritte-Welt-Haus, An der Schanz 1, Eintritt 3 DM, Infos: (0241) 50 86 85
Köln: 6./7. Dezember im Bürgerzentrum Nippes, Mauerheimerstr. 92, Infos: (0221) 61 68 74
Berlin: 8./9. November, weitere Infos: (030) 4 40 84 29.
 Termine für Bremen, Siegen, Kassel, Stuttgart, Rostock bitte unter (0221) 13 45 04 erfragen.



Wie umgehen mit Jospin?

In Voran Nr. 190 erklärte der französische Genosse Omar von der Revolutionären Linken (SAV-Schwesterorganisation), daß es bei den französischen Parlamentswahlen eine Plattform gab, auf deren Mitglieder unserer Schwesterorganisation gemeinsam mit anderen linken Kandidaten und Organisationen zur Wahl anzutreten. Das ist ein guter Ansatz; wenn es sonst keine Partei gibt, die konsequent für sozialistische Ideen, die Rechte der ausländischen Kollegen und gegen das Europa der Banken und Konzerne, kämpft. Unzureichend hingegen finde ich Omars Begründung, warum die „Revolutionäre Linke“ im zweiten Wahlgang nicht die sozialdemokratische PS von Jospin zumindest kritisch unterstützt hat. Omar sagt, das PS-Programm unterschreibe sich „zuwenig“ von der Regierung. Aber da gibt es schon entschei-

Jetzt bestellen:



„The Tiger Strikes“
 Broschüre über die großartige Streikbewegung in Korea Ende 96/Anfang 97, englisch
**96 Seiten
 5 DM**

Ohne Moos nix los!

Findest Du gut, was die SAV macht?

Dann solltest Du uns mit einer regelmäßigen Spende unterstützen. Jeder Betrag hilft uns. Wichtig ist, daß er regelmäßig kommt. Dann können wir unsere Arbeit besser planen.

Wir fordern auch alle Mitglieder auf: Fragt Eure Freunde/Freundinnen, Kolleginnen, Bekannte, Eltern nach einer regelmäßigen Spende für die SAV. Siehe auch der Abschnitt „Spendenfonds“ auf Seite 10.

Am besten noch heute die Einzugsermächtigung ausfüllen und abschicken an SAV, Hansaring 4, 50670 Köln. (Sie kann jederzeit formlos widerrufen werden.)

JA, ich möchte die Sozialistische Alternative (SAV) unterstützen:

Ich möchte eine monatliche Spende über DM machen (ab 5 DM Spende im Monat schicken wir Dir die VORAN kostenlos zu) Ich richte einen Dauerauftrag auf das folgende Konto ein: VORAN, Konto 2500 59-430, Postbank Essen, Blz 360 100 43

Einzugsermächtigung

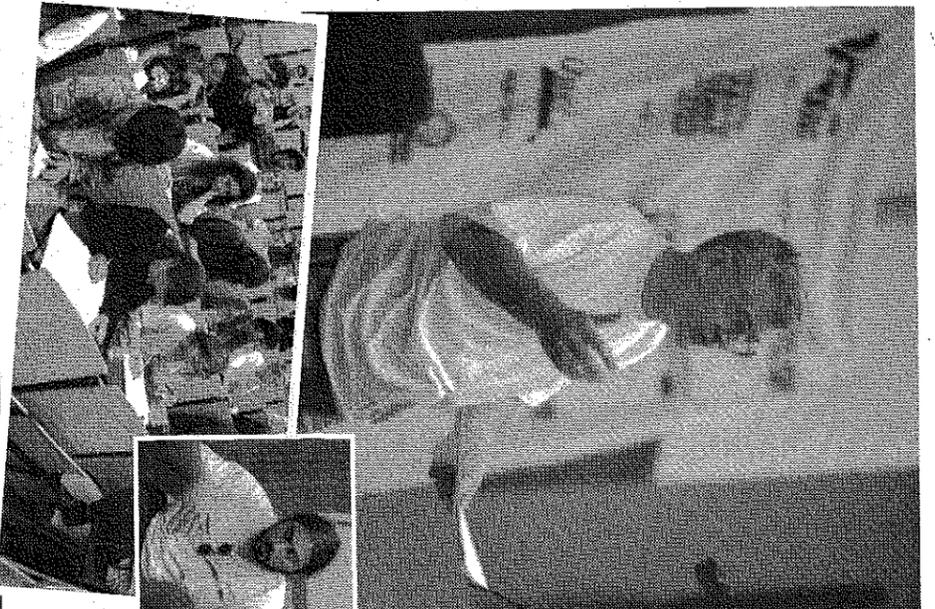
Ich erteile dem VORAN e.V. eine Einzugsermächtigung über DM. Der Betrag soll

monatlich vierteljährlich abgebucht werden.

Kontoinhaber/Anschrift.....

Konto/Bank/Blz.....

Ort/Datum/Unterschrift.....



200 Sozialistinnen aus ganz Europa und einzelne Vertreter anderer Kontinente nahmen an der diesjährigen internationalen Sommerschulung des KAI (Komitee für eine Arbeiterinternationale) teil. Eine Woche lang wurden aktuelle Fragen diskutiert. Arbeitskämpfe in ganz Europa in- und außerhalb der Gewerkschaftsbewegung wurden besprochen und die Rolle, die das KAI bei vielen dieser Kämpfe gespielt hat, ausgewertet. In Arbeitskreisen konnten historische Themen und sozialistische Grundlagen erarbeitet werden, sowie praktische Erfahrungen der verschiedenen Sektionen ausgetauscht werden. Joe Higgins, (Bild links), der bei den letzten Irischen Wahlen als erster KAI-Vertreter in ein nationales Parlament gewählt worden ist, wurde von den TeilnehmerInnen begeistert empfangen.

Der Kampf ist international

Die SAV ist Mitglied im Komitee für den Aufbau einer Arbeiter-Internationalen (KAI engl. CWI # Committee for a Workers International). Das KAI setzt sich für die internationale Einheit der Arbeiter ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität.

schon Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien. Das KAI hat Mitgliedsorganisationen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten.

Adresse:
 CWI, PO Box 3688,
 London E9 5QX, GB
 Tel.: 0044/181/533 0201
 Fax: 0044/181/985 0757
 E-Mail: inter@dtfcon.co.uk



Ausbildungsmisere, keine Übernahme, Kürzung der Ausbildungsvergütung...

Es reicht - Wehren wir uns!



Eigentlich müßte ich ja ein glücklicher Mensch sein: Ich habe einen Ausbildungsplatz bei einem großen Motorenhersteller und - was viele Azubis nicht haben - eine eigene Wohnung. Auch in meiner Familie sieht's eigentlich ganz gut aus. Meine Eltern sind bei der berufstätig, auch mein Bruder hat einen Ausbildungsplatz gefunden. Soweit, so gut.

John, Azubi

Als Azubi bekommt man aufgrund der Tarifverträge nach jedem Ausbildungsjahr etwas mehr Geld. Das ist auch richtig so, denn alles wird teurer.

Ich habe leider nichts von der alljährlichen Erhöhung. Da ich 400 km von meinen Eltern

entfernt wohne und meine Ausbildungsvergütung nicht ausreicht, um Miete und den übri-gen Lebensunterhalt zu finanzieren, erhalte ich vom Arbeitsamt Ausbildungsbeihilfe. Und jedes Jahr, wenn sich meine Azubi-Kollegen über ihre gestiegene Azubi-Vergütung freuen, gucke ich in die Röhre - denn der gleiche Betrag, wird mir dann von der Ausbildungsbeihilfe wieder abgezogen. Das ist nicht gut, denn alles wird teurer.

Aber auch die anderen Azubis in meinem Betrieb haben weni-ger. Wir „dürfen“ unserem Betrieb aus der Krise helfen, indem alle Beschäftigten auf einen Teil des Lohnes „verzichten“. Wir Auszubil-

den erhalten seitdem 2 Prozent weniger Geld, als es der Tarifvertrag vorsieht. Das Urlaubsgeld für zehn Tage wurde ungestrichen. Das ist schlecht, denn alles wird teurer.

Bis vor kurzem war meine Bleibe eine Sozialwohnung. Am 1. Januar lief die Sozialbindung aus, die Kalmiete wurde postwendend um 30 Prozent erhöht - mehr Ausbildungsbeihilfe bekomme ich allerdings nicht. Einen Nebenjob darf ich nicht haben, sonst wird die Beihilfe gekürzt. Das ist schlecht, denn so langsam wird das Geld knapp. Ich bin Azubi im Bereich der Industriegewerkschaft Metall. Dort ist in einer Tarifvereinba-

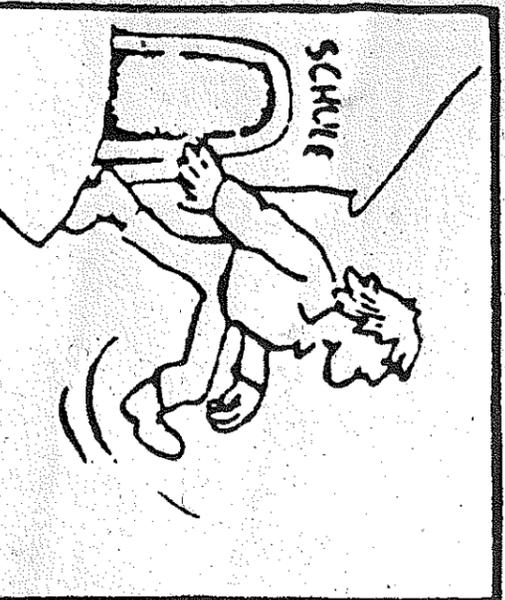
rung festgeschrieben, daß wir nach der Ausbildung mindestens für sechs Monate übernommen werden müssen. Das hat zwei Vorteile: Zum einen bekommt man wenigstens ein bißchen Berufserfahrung, zum anderen war dies wichtig für die Berechnung des Arbeitslosengeldes. Seit dem 1. April gilt jedoch ein neues Gesetz. Das Arbeitslosengeld errechnet sich nicht mehr aus dem Einkommen der letzten sechs, sondern der letzten 12 Monate. D. h. auch die niedrige Ausbildungsvergütung wird in die Berechnung miteinbezogen. Für Auszubil-

dende, die nach den sechs Monaten arbeitslos werden, ist dies schlecht, denn das Geld wird nicht nur knapp, sondern es reicht dann einfach nicht für ein selbständiges Leben. Meinen Eltern geht es nicht viel anders. Wie alle anderen Arbeitnehmer dürfen sie jetzt erhöhte Beiträge zur Renten- und Krankenversicherung zahlen, wenn sie krank werden, horrenden Zuzahlungen leisten. Das ist ungerecht - denn die Renten und andere Leistungen werden weniger. Meine Mutter arbeitet als Putzfrau in einer Schule. Sie muß jedes Jahr eine

größere Fläche in der gleichen Zeit reinigen: von ihrem ohnehin geringen Einkommen hat sie 50 Prozent Abzüge. Mein Vater arbeitet als Lagerist. Seit Einkommen steigt schon lange nicht mehr: überanfälligste Leistungen wurden gestrichen; wenn er krank wird bekommt er nur noch 80 Prozent Lohnfortzahlung.

Wie Millionen anderer Menschen auch bekomme ich zu spät, daß der real existierende Kapitalismus uns nicht in Ruhe läßt. Schon lange sage ich nicht mehr „Das ist schlecht“, sondern „Es reicht - wir müssen uns wehren!“

„Jeder junge Mensch, der ausgebildet werden will, wird ausgebildet...“



Mit dieser Garantie wurde im September 1996 der sogenannte „Ausbildungskonsens NRW“ gegründet. Er ist eine auf 5 Jahre angelegte Gemeinschaftsaktion von NRW-Landesregierung, Arbeitstämtern und Unternehmerverbänden, die Ausbildungsstellen für nicht versorgte Jugendlichen garantieren soll. Auch in diesem Jahr preist NRW-Wirtschaftsminister Clement wieder diese Initiative. Aber was was tatsächlich die Bilanz dieses Ausbildungskonsens im letzten Jahrs?

Am 30. September 1996 waren 7918 Jugendliche als „unversorgt“ bei den Arbeitsämtern des Landes registriert. Als „versorgt“ galten dabei bereits die 15.000 Jugendlichen, die sich zu diesem Zeitpunkt in Berufsvorbereitungsmaßnahmen befanden, das sind von den Arbeitsämtern, also von öffentlichen Geldern finanzierte Warteschleifen und Aufbewahrungsmaßnahmen.

Von den „Nichtversorgten“ schickte man weitere 1892 in solche Warteschleifen. 353 entschieden sich für den weiteren Schulbesuch, 590 suchten sich auf eigene Faust einen Hilfsarbeiterjob. 1798 erhielten Ausbildungsplatz in außerbetrieblichen Ausbildungsstätten, für die das Land 45 Millionen DM bereitstellte.

1995 registrierte die Statistik unter „sonstigem Verbleib“, der größte Teil davon meldete sich nicht mehr. Eine Lehrstelle in einem Betrieb bekamen 1299 und schreibe ganze

Ob diese betrieblichen Ausbildungsverträge tatsächlich der Initiative zu verdanken sind, ist dabei noch nicht mal klar, denn im Jahr zuvor waren auch ohne Konsens 990 betriebliche Lehrstellen von den Arbeitsämtern vermittelt worden. Der Berg hatte gekreißt und mit allenfalls 300 zusätzlichen betrieblichen Stellen eine Maus geboren, die von NRW-Wirtschaftsminister Clement gleich als Element gefeiert wurde: „dreißig Prozent mehr Jugendliche vermittelt“. Ja, 1 plus 1 sind nach Adam Riese eben 100 Prozent Zuwachs...

Man könnte auch anders rechnen: nur 3,7 Prozent (309) der „Unversorgten“ wurden durch die Initiative zusätzlich versorgt. Rechnet man die Warteschleifen-Jugendlichen hinzu, so brachte der Ausbildungskonsens den tatsächlich 23.000 Lehrstellen suchenden nur 1,34 Prozent mehr betriebliche Ausbildungsplätze. Die anderen 98,66 Prozent landeten überwiegend in Einrichtungen, die vom Beitrags- oder Steuerzahler finanziert werden, so-

Che Guevara



30. Todestag des Revolutionärs

Seiten 6 und 7

fern sie nicht als Hilfsarbeiter oder Resignierte („sonstiger Verbleib“) aus der Statistik verbannt wurden.

Wo Clement eine „positive Bilanz“ sieht, kann das eigentliche Fazit nur lauten: der NRW-Ausbildungskonsens ist ein Schlag ins Wasser und beweist gerade das, was er verschleiern sollte: die Unternehmer bilden immer weniger aus; der Staat springt immer stärker in die Bresche. Eine Ausbildungsabgabe aller Betriebe muß her. Damit könnte für alle Jugendlichen eine qualitativ gute Ausbildung finanziert werden, nicht in Warteschleifen der Arbeitsämter, sondern in über-

betrieblichen Ausbildungsstätten mit breitgefächertem Grundausbildung, betrieblichen Praktika und vielfachen Spezialisierungsmöglichkeiten, was ohnehin den modernen beruflichen Erfordernissen besser entspricht als eine Ausbildung in Bäckereien, Friseurläden und sonstigen Klitschen.

Was für die allgemeine Schulbildung schon lange selbstverständlich ist, muß auch für die berufliche Bildung gelten: sie muß raus aus Unternehmerhand. Schließlich gehen wir auch nicht in Sonntagsschulen, gesponsert von und zugunsten auf die Bedürfnisse von Ford, Thyssen oder dem Bäcker nebenan. ■